

3-1939)



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Neue Dauerausstellung in der Gedenkhalle Oberhausen
Clemens Heinrichs

- 14 Gedenken an die NS-»Kindereuthanasie« –
das Fallbeispiel der Landesheilanstalt Eichberg
Lutz Kaelber

- 25 Historisch-politische Bildung mit Angehörigen
so genannter bildungsferner Milieus – Ein Praxisbericht
Uta George und Sabine Müller-Wendt

- 34 Literaturhinweise

- 38 Buchbesprechung Alfred Gottwaldt: »Für Kinder, die Juden sind,
wird Kinderermäßigung nicht gewährt« –
Die Reichsbahn und die Juden 1933 bis 1939
Uwe Neumärker

- 41 Veranstaltungshinweise

- 43 Programm und Anmeldebogen:
56. bundesweites Gedenkstättenseminar, 6.–8. Oktober 2011,
Osnabrück: *Den Besucher im Blick.*
Bildungsarbeit mit Erwachsenen in Gedenkstätten

Titelfoto: Neue Dauerausstellung in der Gedenkhalle Oberhausen.
Siehe den Beitrag von Clemens Heinrich in diesem Heft.
Foto: Gedenkhalle Oberhausen

Neue Dauerausstellung in der Gedenkhalle Oberhausen

Clemens Heinrichs

Der Vorlauf war lang: Im Februar 2005 hatte der Kulturausschuss der Stadt Oberhausen die Einrichtung einer neuen Dauerausstellung für die Gedenkhalle beschlossen, den zentralen Ort in der Stadt, an dem der Opfer des Nationalsozialismus gedacht – daher auch der Name dieses Ortes – und zugleich die kommunale Geschichte im Nationalsozialismus dokumentiert wird. Über die Anfänge dieses Vorhabens wurde im Gedenkstätten Rundbrief 127, Oktober 2005, bereits kurz berichtet. Im Dezember 2010 wurde die umgebaute Gedenkhalle mit ihrer neuen Dauerausstellung eröffnet.

Anfänge des städtischen Gedenkens

Am 28. Oktober 1959 stimmte der Rat der Stadt Oberhausen einstimmig dem Antrag der SPD-Fraktion zu, »Gedenkräume« für die Oberhausener Opfer des Nationalsozialismus einzurichten. Die Initiative dazu war auch darauf zurückzuführen, dass die damalige Oberbürgermeisterin Luise Albertz einen sehr persönlichen Bezug zu den Ereignissen in der Stadt zwischen 1933 und 1945 hatte: Ihr Vater Hermann Albertz, Vorsitzender der Oberhausener SPD-Ratsfraktion und Mitglied des Preußischen Landtags bis 1933, war mehrfach verhaftet worden und schließlich im Frühjahr 1945 an einem unbekannt gebliebenen Ort auf ungeklärte Weise umgekommen. Im März 1960 entschied der Hauptausschuss, die Gedenkräume im Südflügel des Schlosses Oberhausen anzulegen. In die Planung einbezogen war auch ein Raum für die Patenstadt Königshütte, der als lokalhistorischer Erinnerungsraum der vertriebenen Oberschlesier gedacht war.

Drei Jahre zuvor hatte der Rat der Stadt auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig beschlossen, ein Ehrenmal zum Gedenken an die Opfer der beiden Weltkriege zu errichten. Der Charakter des projektierten Denkmals wandelte sich während der weiteren



Gebäudeansicht
der Gedenkhalle
Oberhausen

Planungen in ein skulpturales Mahnmal, das der Opfer der Kriege, der Unfreiheit während des Nationalsozialismus und der Vertreibung gedenken sollte. Es wurde 1962 in unmittelbarer Nähe zu den Gedenkräumen angelegt, um zugleich auch auf diese hinzuweisen. In dieser Gesamtkonstellation drückte sich das summarische Opfergedenken der Zeit aus, das damals offensichtlich nicht als problematisch empfunden wurde. Dennoch stellte die Begründung der »Gedenkräume« in einer Zeit, in der noch Schuld abwehrende Viktimisierungsstrategien den Umgang mit der NS-Zeit bestimmten, einen bemerkenswert frühen Beitrag zur Bearbeitung des Nationalsozialismus dar, der bei seiner Planung ohne westdeutsche Vorbilder hatte auskommen müssen.

Als die Gedenkhalle am 2. September 1962 eröffnet wurde, war sie die erste Einrichtung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Westdeutschland. Oberhausen war damit ein vereinzelter Vorläufer einer Entwicklung, die andere Städte und Gemeinden in Westdeutschland erst ein oder zwei Jahrzehnte später nachvollzogen. In ununterbrochener Kontinuität steht die Gedenkhalle seit 1962, wenn auch mit Höhen und Tiefen für die kritische Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte. Waren schon am 1. Februar 1962 anlässlich der Feier des 100. Gründungstages der Stadt Oberhausen zur Festsitzung des Rates ehemalige jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt eingeladen worden, so wurden sie auch zur Eröffnung der Gedenkhalle wieder eingeladen, so wie man sie von nun an regelmäßig nach Oberhausen einlud.

Die Gedenkhalle im Ensemble des Schlosses

Die Einbettung der Gedenkhalle in das Schloss Oberhausen nimmt unmittelbar Bezug auf die Stadtgeschichte, da sie im Nachfolgebau des mittelalterlichen Schlosses Overhusa situiert wurde, auf das die Namensgebung der Stadt zurückgeht. Ihr Eingang öffnet sich zur Konrad-Adenauer-Allee hin als der anliegenden Hauptdurchgangsstraße. Damit wurde die Gedenkhalle absichtsvoll im repräsentativsten Gebäude der Stadt angesiedelt, noch dazu an der Nahtstelle der drei zentralen Stadtteile Oberhausens. Das Schloss galt als der würdigste Ort zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und war damit konsensfähig. Anders als bei anderen Gedenkstätten und Gedenkort, die sich gerade durch den Ortsbezug auf ein ehemaliges Gestapo-Gefängnis, ein Konzentrationslager etc. definieren, fehlt daher bei der Gedenkhalle ein sich unmittelbar aus dem Ort ableitbarer Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus, während sich die meisten Gedenkstätten und Erinnerungsorte gerade aus dem belasteten Ort begründen.

Politische Dimension

Die Gedenkhalle befindet sich seit ihrer Gründung in Trägerschaft der Stadt Oberhausen. Sie verbindet sich mit der Geschichte der Stadt und ihrem Selbstverständnis nach 1945 auf eine besondere Weise: Einerseits war sie ein Projekt, das sich seit Ende der 1950er Jahre auf die Initiative der Stadt hin entwickelte. Andererseits war sie aber auch ein identifikatorisches Projekt vieler in der Stadt lebender ehemaliger Widerständler, von denen sich etliche in der Arbeitsgemeinschaft der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten des Naziregimes zusammengeschlossen hatten. Dispute der Arbeitsgemeinschaft mit Oberbürgermeisterin Albertz über Beteiligungsmöglichkeiten – auch in Hinblick auf die strittige Umsetzung des oben genannten Mahnmals, das zeitgleich zur Gründung der Gedenkhalle geplant wurde – legen Zeugnis von einer konflikthaften Wechselbeziehung und der wahrscheinlich politisch motivierten Distanz der Stadt-



Einblicke in die neue Dauerausstellung

Besucher im Foyer
der Gedenkhalle



spitze zur Arbeitsgemeinschaft ab. Aufgrund des dennoch für alle Beteiligten immer wieder aufscheinenden Identitätsangebotes war und blieb die Gedenkhalle bis heute der allgemein angenommene Ort für das kommunale Opfergedenken und die historische Dokumentation. Die stetige Eingebundenheit vieler Akteure vor Ort definiert die Gedenkhalle bis heute als einen sinnstiftenden Ort mit hohem Netzwerkcharakter in die Stadtgesellschaft hinein.

Die Gedenkhalle seit 1988

Die Gedenkhalle wurde erstmals 1988 konzeptionell grundlegend verändert. Neu eingerichtet wurde damals eine Dauerausstellung mit dem durchaus zeittypischen Titel »Widerstand und Verfolgung in Oberhausen 1933–1945«. Darin wurde der Fokus des Opfergedenkens auf die Opfer im Widerstand konzentriert, verbunden mit der zeittypischen Überbewertung des Widerstands durch die Arbeiterbewegung. Mit einer anderen Stoßrichtung wurden insbesondere das Großkapital und die Schwerindustrie summarisch als »Wegbereiter des Faschismus« etikettiert. Zwischen Opfern und Tätern wurde stärker als bisher differenziert. Die Opfer der Luftangriffe auf Oberhausen wurden ausführlich dargestellt und, wenn auch knapp, so doch zutreffend kontextualisiert. Der lokalhistorische Erinnerungsraum Königshütte war schon früher, zu einem unbekanntem Zeitpunkt, aufgelöst worden und fand unter den Vorzeichen eines differenzierten Opferverständnisses keine Berücksichtigung mehr.

17 Jahre danach, am Beginn der Neukonzeption der Gedenkhalle 2005, unterstützte die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen eine wissenschaftliche Expertise, die der Historiker PD Dr. Michael Zimmermann (†) anfertigte, der schon seit den 1970er Jahren zur Stadtgeschichte Oberhausens publiziert hatte. In der Quintessenz seiner Ausführungen wurde deutlich, dass die 1988 geschaffene Gesamtsituation nicht durch einzelne Eingriffe verbessert werden könne, so dass eine vollständige Erneuerung unumgänglich sei. Dabei rückte vor allem die Zukunftsfähigkeit der Gedenkhalle in den Vordergrund, um sie neu auf die Anforderungen einer zeitgemäßen und besucherorientierten Wissensvermittlung einzustellen.



Neue Dauerausstellung
mit Themenbereich
Zwangsarbeit

Die inhaltliche Grundstruktur der neuen Ausstellung

Am Anfang der Neukonzeption, die 2010 in die Eröffnung der neuen Ausstellung mündete, stand die Bildung eines Oberhausener Fachbeirats, dem Vertreter der Oberhausener Museen, der drei Oberhausener historischen Vereine, der Jüdischen Gemeinde, der beiden christlichen Kirchen, der VVN, aber auch externe Vertreter aus Gedenkstätten und Wissenschaft angehörten. Die Moderation des Fachbeirats übernahm Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Der Fachbeirat empfahl der Stadt eine dreiteilige Gliederung der neuen Dauerausstellung der Gedenkhalle, die im Folgenden auch zur Umsetzung beschlossen wurde. Als kommunal angelegte Gedenkstätte sollte die Stadtgeschichte Oberhausens im Nationalsozialismus im Zentrum stehen. Ergänzend dazu sollte als Schwerpunktthema die Zwangsarbeit seit 1939 dargestellt werden und zwar auf Grund der vielfachen interkommunalen Verflechtungen im Ruhrgebiet für Oberhausen und die Region. Schließlich wurde festgelegt, auch die Gründung der Gedenkhalle sowie die sich daran anschließende Gedenk- und Erinnerungskultur in der Stadt herauszustellen, um die Gedenkhalle angemessen als erste westdeutsche Gedenkstätte zu positionieren. Der Oberhausener Fachbeirat beendete seine Tätigkeit nach einem Jahr mit diesen strukturellen Vorgaben.

Die Ausstellungsarchitektur

Auf die Festlegung der inhaltlichen Dreigliedrigkeit folgte 2006 die Durchführung eines Architektenwettbewerbs. Sechs Büros wurden eingeladen, die mit vergleichbaren Orten und ihrer Gestaltung schon hinreichend Erfahrungen gesammelt hatten. Eine Fachjury aus Architekten und Historikern unter dem Vorsitz der Berliner Kunsthistorikerin Prof. Dr. Stefanie Endlich empfahl der Stadt Oberhausen Ende 2006 in einem einstimmigen Votum die Ausführung des Entwurfs des Büros *hg merz architekten museumsgestalter* aus Stuttgart.

Die geplante und in der Folge auch umgesetzte Ausstellungsarchitektur des Hauptraumes besteht aus einem Wand-in-Wand-System, das das orthogonale System des

Gebäudes aufgreift. Die vier zum Karree in den Raum gestellten Präsentationswände haben somit zwei Ansichtsseiten, von denen sich die eine nach außen und die andere nach innen öffnet. Im äußeren Umlauf wird die Oberhausener Stadtgeschichte vom Januar 1933 bis in die frühe Nachkriegszeit erläutert.

Durch Durchgänge auf allen vier Seiten gelangt man in den Innenraum, in dem das Schwerpunktthema Zwangsarbeit dargelegt wird. Die räumliche Konzeption ist insofern überzeugend, als sofort klar werden kann, dass die deutsche Gesellschaft unter den Nationalsozialisten das regulative und restriktive Zwangssystem bildete, in das die reichsweit mehr als 13 Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gezwungen wurden, ohne dass sie eine wesentliche Möglichkeit zur Veränderung ihrer Situation gehabt hätten. Der Rahmen der deutschen Gesellschaft umschloss die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als Kriegsbeute, deren Arbeitskraft im Laufe des Krieges zunehmend vereinnahmt und missbraucht wurde. Die Ausstellungsarchitektur bildet diese Verhältnisse gestalterisch nach und ab, ohne jedoch den Zwangscharakter atmosphärisch auf die Besucherinnen und Besucher zu übertragen.

Bürgerbeteiligung und zweiter Fachbeirat

Die weiteren Recherchen zu den drei Schwerpunktthemen der neuen Dauerausstellung wurden begleitet von Beteiligungsangeboten an die Bürgerschaft und einem neu einberufenen wissenschaftlichen Beirat. Der Bürgerschaft wurde vor dem Umbau der Gedenkhalle der aktuelle Sachstand offengelegt. Darin inbegriffen war das Angebot, eigene Anregungen für die weitere Detailplanung des Projektes zu formulieren und/oder Dokumente, Fotografien oder Objekte beizusteuern. Die Beteiligung war insofern bedeutsam, da über sie auch Akzeptanz für die neue Ausstellung hergestellt werden sollte. Zum anderen sollte die spärliche Überlieferung von archivalischen und materiellen Zeugnissen in der Gedenkhalle durch Funde aus der Bürgerschaft erweitert werden. So ist es zahlreichen Oberhausenerinnen und Oberhausenern zu verdanken, die auch später bei weiteren Aufrufen Sachzeugnisse zur Verfügung stellten oder in Zeitzeugeninterviews von ihren Erlebnissen berichteten, dass der Fundus um wichtige Exponate erweitert werden konnte.

Um das kleine Ausstellungsteam bei den Recherchen und der Umsetzung der Arbeitsergebnisse in das Ausstellungsformat zu unterstützen, wurde ab Oktober 2008 ein zweiter Fachbeirat einberufen. Dessen Begründung und Zusammensetzung verdankte sich der Einschätzung, dass es sinnvoll sei, die komplementäre Einbettung der neuen Gedenkhallen-Ausstellung in die nordrhein-westfälische Gedenkstättenlandschaft durch deren

Vertreter zu befördern, aktuelle Erfahrungen mit neuen Dauerausstellungen wie denen der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945 oder der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora zu nutzen und Experten zur fachlich-wissenschaftlichen Beratung insbesondere der Realisierung des Schwerpunktthemas Zwangsarbeit heranzuziehen. Die Moderation dieses Fachbeirats wurde wieder Prof. Morsch übertragen. Aus dem Fachbeirat rekrutierten sich zwei Redaktionsteams, die den konkreten Zuschnitt der Ausstellungsinhalte in den Schwerpunktthemen Stadtgeschichte und Zwangsarbeit begleiteten.

Hörstation in
der neuen
Dauerausstellung.
Alle Abbildungen:
Gedenkhalle
Oberhausen



Inhaltliche Grundüberlegungen

Leitfaden war das Konzept der dokumentarischen Spurensicherung zur Orientierung über die Geschichte der Stadtgesellschaft sowie der dort eingesetzten Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. Die fehlende Überlieferung ganzer Bereiche machte es allerdings unmöglich, diesen Ansatz vollständig zu betreiben, da sich beispielsweise keinerlei Zeugnisse zu den christlichen Gewerkschaften, die bis 1933 in Oberhausen personell sehr stark aufgestellt gewesen waren, fanden. Ebenso sind keine Zeugnisse aus der Zentrumspartei, der bis 1933 dominierenden Oberhausener Partei, oder von SPD oder KPD bekannt, die überliefert worden wären. Firmenarchive stellten gleichfalls immer wieder vor Probleme, da sie nicht aufzufinden oder nicht uneingeschränkt zu nutzen waren.

Angesichts des knappen Raumvolumens von 200 m² in der Gedenkhalle war die Umsetzung von vornherein an einer exemplarischen Verdichtung orientiert. Stilbildend war der Ansatz, Geschichte durch typische Charakterisierungen in Form von Einzelfällen abzubilden. Um den gesellschaftshistorischen und ortsspezifischen Verhältnissen Rechnung zu tragen, wurden konkrete Fälle von Verfolgung und Ausgrenzung sowie die Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungschancen von Individuen und Personengruppen zwischen Zustimmung, Anpassung, Resistenz und Widerstand herausgearbeitet. Unter dem Aspekt der Verfolgung rückten nun stärker als in der Ausstellung von 1988 die aus rassischen und eugenischen Gründen Verfolgten in den Blickpunkt. Und anders als in den Vorgängerausstellungen von 1962 und 1988 wurde der Konsens eines großen Teils der deutschen Bevölkerung mit dem Regime herausgestellt, der von den wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten bis in weite Teile der Arbeiterschaft reichte. Von Bedeutung war auch die differenzierte Darstellung der Jugend zwischen den Jugendorganisationen der Nationalsozialisten einerseits und resistentem bis widerständigem Verhalten andererseits, so wie es Edelweißpiraten oder konfessionelle Jugendgruppen praktizierten.

Die Ausstellung

Das Büro *hg merz* hat in einen von ihm vorgeprägten hellen Ausstellungsraum eine damit korrespondierende Ausstellungsarchitektur mit hellgrauer Oberfläche eingefügt. Im Foyer, in dem auf einer Tischvitrine die Gründungssituation der Gedenkhalle und die beiden Gedenkskulpturen im Umfeld erläutert und problematisiert werden, finden sich die bestimmenden Merkmale der Präsentation wie in einem Brennglas festgehalten: Die Ausstellungstexte sind komplett zweisprachig deutsch/englisch angelegt. Alle Dokumente – sofern sie nicht im Original oder als Reproduktion zu sehen sind –, die auf die Flächen des Ausstellungskörpers aufgedruckt sind, sind »entfärbt«, d.h. in Grauwerte umgewandelt worden. Dieser Kunstgriff nimmt affektive Qualitäten zurück und wandelt sie in den beabsichtigten sachlichen Zugang zum Thema um. Dezent grausilberne Griffleisten unterhalb der Tischebene weisen auf Schubladen mit vertiefenden Materialien. Diese Dokumente sind konsequenterweise im gleichen Stil wie auf der Oberfläche gehalten.

Eine Medienstation mit Touchscreen und dreiteiligem Wahlmenü ist der exemplarischen Darstellung der Geschichte der Gedenkhalle über die Jahrzehnte hinweg, den verschiedenen Gedenk- und Erinnerungsorten in der Stadt sowie den jährlichen Gedenkfeierlichkeiten vorbehalten.

Im Hauptraum, der sich hinter zwei gläsernen Flügeltüren öffnet, finden sich die Kernthemen Stadtgeschichte und Zwangsarbeit im bereits dargestellten Verhältnis von deutscher Gesellschaft als Zwangssystem für die ausländischen Zivilarbeiterinnen, Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen.

Im Bereich der Stadtgeschichte wird die Ausstellungsfläche durch zwei weitere gestalterische Komponenten übersichtlich strukturiert: Zum einen finden sich Vor- bzw. Rücksprünge in der Fläche, die die einzelnen Unterthemen voneinander absetzen. Zum anderen wird mit Titel- und Texthierarchien gearbeitet, die die Oberthemen übersichtlich von ihren Unterthemen absetzen, so wie wiederum in den jeweiligen Thementafeln die Überblickserläuterungen mittels Punktgröße der Texte strukturell von den Erläuterungen der Dokumente und Objekte abgesetzt werden. Dadurch wird die Gliederung schnell erfassbar. Da im Verlauf der Ausstellung und im Sprung von einer Wand zur nächsten die Vor- oder Rücksprünge der Flächen variabel gehalten sind und sich immer neue Flächen formieren, unterstützt die Gestaltung den lebendigen Charakter und den Lesefluss und beugt somit einer Ermüdung der Besucherinnen und Besucher vor.

Stadtgeschichte

Die Stadtgeschichte ist thematisch in vier Kapitel unterteilt, deren Binnengliederung weitgehend der Chronologie folgt und die jeweiligen Sachthemen übersichtlich zusammenfasst: *Machtergreifung, Leben in der Diktatur – zwischen Zustimmung und Ablehnung 1933 bis 1939, Oberhausen im Zweiten Weltkrieg, Kriegsende und Nachkriegszeit.*

Hier folgt die neue Dauerausstellung dokumentarischen Präsentationsmustern, ihre deutliche Hinwendung zu Sachlichkeit setzt sie vom emphatisch politisierten Zugang der Vorgängerausstellung von 1988 ab und entspricht damit aktuellen Vorstellungen von historisch-politischer Bildung.

In einzelnen Kapiteln der Ausstellung in der Gedenkhalle finden sich neben wichtigen und schon bekannten Sachinformationen und Einzelbiografien viele neue Aspekte und Themen, zu denen man bislang nichts in der Gedenkhalle hatte finden können, seien es die Ausdifferenzierung der Judenverfolgung, Aspekte der Zwangssterilisation und Euthanasie oder die Verfolgung der Sinti und Roma sowie der Zeugen Jehovas. Personen auf der Opfer- wie auf der Täterseite wurden mehrfach berücksichtigt, um anhand biografischer Referenzpunkte Zäsuren und Kontinuitäten in der Stadtgeschichte deutlich zu machen. Indem dargestellt wird, wie sich Stadtverordnete der NSDAP anschlossen und wie die Stadtverwaltung die Ausgrenzung der jüdischen Mitarbeiter betrieb, während sich andere Stadtverordnete den Nationalsozialisten entzogen oder verweigerten, wird die Frage von möglichen Handlungsoptionen nach Januar 1933 angesprochen. Dass außerdem deutlich wird, wie arbeitslose Angehörige der SS von der Entlassung unliebsamer Gegner profitierten, zeigt andeutungsweise auf, wo angesichts von Massenarbeitslosigkeit das Verführungspotenzial für die Deutschen lag. Mit diesem Tableau von Handlungsoptionen wird gleich zu Anfang der Ausstellung auf verschiedene Weise die Frage zum Verständnis der Funktionsweise des Nationalsozialismus angeschnitten. Sie kontrastiert mit typischen kollektiv nach 1945 geäußerten Entschuldungsstrategien und bietet sich als möglicher Einstieg in eine vertiefende pädagogische Arbeit an.

Nur angeschnitten wird in der Ausstellung der Luftkrieg, da im Mai 2011 im Bunker-museum Oberhausen – dem einzigen seiner Art in Nordrhein-Westfalen – eine neue Ausstellung mit dem Titel »HeimatFront – Vom Blitzkrieg in Europa zum Luftkrieg an der Ruhr« eröffnet wurde. Gedenkhalle und Bunkermuseum sind in städtischer Trägerschaft und werden in Personalunion geleitet.

Siehe auch: www.oberhausen.de/bunkermuseum.php und www.bunkermuseum-oberhausen.de/Bunkermuseum_Oberhausen/Das_Bunkermuseum.html

Zwangsarbeit

Dieser Ausstellungsteil würdigt, dass es auch in Oberhausen mehrere Tausend so genannter Fremdarbeiter gab. Prof. Morsch führte dazu in seiner Eröffnungsrede am 12. Dezember 2010 aus:

»Tausende von ihnen arbeiteten Schulter an Schulter mit den Oberhausenern nicht nur in den Rüstungsschmieden der Guten Hoffnungshütte und anderer Industrieunternehmen, sondern auch in kleinen Gastwirtschaften, Druckereien oder in kommunalen Betrieben. Jahrzehntlang wurden die Zwangsarbeiter in der bundesdeutschen Erinnerungskultur vergessen und verdrängt. Das Verhalten der Wirtschaftsführer, der Stadtverwaltung ebenso wie der Bevölkerung gegenüber den als rassistisch minderwertig denunzierten Zwangsarbeitern kann als ein Anzeichen dafür gewertet werden, wie tief Rassismus und Herrenmenschentum nicht nur in den fernen besetzten Ostgebieten, sondern auch in der Heimat den Alltag durchdrangen.«

Siehe: www.guenter-morsch.de/2010/12/19/gedenkhalle-oberhausen-eroeffnungsrede-dezember-2010

Die meisten dieser Menschen, die aus allen von der Wehrmacht besetzten Ländern stammten, waren unter Zwang ins Deutsche Reich verschleppt worden. Sie konnten ihre Verträge nicht auflösen und hatten fast keinen Einfluss auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mehr als 1200 von ihnen, die meisten davon aus der Sowjetunion, überlebten die Zwangsarbeit in Oberhausen nicht. Sie wurden in zwei Grabfeldern auf dem Westfriedhof Lirich beigesetzt.

Ein weiteres Motiv für den Themenschwerpunkt Zwangsarbeit war, dass derzeit keine Ausstellung in der Region eine Vertiefung dieses Themas anbietet. Dies mag irritieren angesichts der Massenhaftigkeit des Phänomens, bestärkte aber den Oberhausener Fachbeirat in seiner Entscheidung für diesen Kernpunkt, der sich komplementär zu den Präsentationen anderer Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Museen in der Region verhält.

Formal schließt die Präsentation des Ausstellungsteils Zwangsarbeit an die der Stadtgeschichte an, verzichtet aber auf die Vor- und Rücksprünge in der Fläche, da diese im begrenzten Inneren des Kubus eine kontraproduktive Unruhe hervorgerufen hätten. Die Darstellung der Zwangsarbeit in der Ausstellung gliedert sich thematisch in die Aspekte: *Wege in die Zwangsarbeit, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Orte der Zwangsarbeit, Lebens- und Arbeitsbedingungen, Kontakte sowie Zeit nach der Befreiung*. Die einzelnen Tableaus skizzieren vorwiegend anhand (von schriftlichen und fotografischen Sachzeugnissen) exemplarische Stationen, Umgehensweisen und Lebensumstände des unfreiwilligen Arbeitseinsatzes für den Kriegsgegner auf dessen Territorium unter dem Stigma der rasseideologischen Abwertung und Entwürdigung menschlichen Lebens.

Stadtgeschichte und Zwangsarbeit

Stadtgesellschaft und Zwangsarbeit sind nicht als monolithische Themenblöcke gegeneinander zu setzen, da dies keinesfalls dem Alltagsleben entsprach. Vielmehr standen sie in einem ständigen Wechselverhältnis, ob am Arbeitsplatz, auf der Straße oder in der Nachbarschaft in Haushalt und Geschäften. Daher wurden an zwei Stellen Durchbrüche zwischen beiden Ausstellungsseiten in Form von Vitrinen eingerichtet. Diese können von beiden Seiten der Ausstellungsarchitektur eingesehen werden, so dass die Verwobenheit der einen mit der anderen Seite deutlich wird, auch wenn Erlasse und Anordnungen vor Ort den Umgang der Deutschen und der sogenannten Fremdarbeiter miteinander zu reglementieren oder in Teilen zu unterbinden suchten.

Die Problematik bei diesem Vorgehen bestand darin, dass Stadtgeschichte und Zwangsarbeit der üblichen Leserichtung von links nach rechts folgen und daher gegenläufig angelegt werden mussten, so dass sich nach Sichtung der möglichen Optionen nur zwei solcher Verbindungen in die Ausstellung integrieren ließen. In einem der Fälle handelt es sich um die Darlegung von zwei zentralen biografischen Daten eines 1924 geborenen Niederländers. Auf der Innenseite der Ausstellungsarchitektur, d.h. im Bereich der Zwangsarbeit, wird seine zwangsweise Verschleppung nach Oberhausen 1943 skizziert. Auf der Außenseite, d.h. der gegenüberliegenden Stadtgeschichte in der Nachkriegszeit, ist derselbe Niederländer wiederzufinden, der nach seiner Befreiung als Übersetzer für die amerikanische Armee in Oberhausen tätig wurde und noch bis zum Abzug der Amerikaner im Herbst 1945 in der Stadt blieb, bevor er zurück in die Niederlande ging. Im anderen Fall wird ein Modell eines Zwangsarbeiterlagers eingebunden, um die alltägliche Sichtbarkeit der ausländischen Zivilarbeiterinnen, Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen deutlich zu machen.

Zeitzeugen-Interviews

Von größerer Bedeutung als in der Stadtgeschichte sind die Selbstzeugnisse in Form von Interviews im Komplex der Zwangsarbeit. Dies wird auch quantitativ deutlich, da zwei Interviewstationen zur Stadtgeschichte sechs Stationen zur Zwangsarbeit gegenüberstehen. Ein Teil der Interviews zur Zwangsarbeit stammt aus eigenen Beständen, ein weiterer bedeutender Teil aus den Beständen der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die von CeDiS – Center für Digitale Systeme der Freien Universität Berlin – aufbereitet und zur Verfügung gestellt wurden. Mit Hilfe dieses Repertoires von Zeugnissen der Oral History wird Menschen die Möglichkeit eingeräumt, aus erheblicher zeitlicher Distanz auf die eigene Zwangsarbeit in Oberhausen bzw. in der Rhein-Ruhr-Region zurückzublicken. Zugleich werden in den persönlichen Erfahrungen auch gruppenbezogene Erfahrungen vernehmlich, da die NS-Rassenhierarchie auch unter den Zwangsarbeitern strikte Trennungen vornahm.

Thematische Ausschnitte aus Interviews sind auf sechs Medienstationen mit Touchscreen zu finden und den sechs oben benannten Themenbereichen zur Zwangsarbeit zugeordnet. Die ausgewählten Interviewpassagen wurden in der Originalsprache belassen, damit die Herkunftssprachen mit ihren kaum durch Übersetzung vermittelbaren individuellen Akzentuierungen und Färbungen für Muttersprachler hörbar bleiben, die die Gedenkhalle aufsuchen oder in Oberhausen und Region leben. Nicht der Herkunftssprache kundige Ausstellungsbesucher können durch deutsche oder englische Untertitel die Inhalte nachvollziehen.

Die Zeitzeugen zur Zwangsarbeit sind Überlebende, die in Zeuge und lange nicht anerkannte Opfer Personalunion sind. Sie symbolisieren damit den Typus des »moralischen Zeugen«, der auch in Ausstellungen vieler anderer Gedenkstätten anzutreffen ist. Gleiches gilt auch für die Interviews mit ehemaligen Oberhausener Juden, die in der zweiten Medienstation im Bereich der Stadtgeschichte von Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung, Flucht und Tod berichten.

In einer gewissen Kontrastbeziehung dazu stehen Interviews der ersten Medienstation im Teilbereich der Stadtgeschichte, die über die Volksgemeinschaft orientiert. Hier berichten sechs Oberhausenerinnen und Oberhausener von ihrer Jugend im Nationalsozialismus. Sie tun dies aus sehr disparaten historischen Perspektiven, ungeachtet des aktuellen Reflexionsniveaus. An den Polen stehen sich Aussagen gegenüber, die von einer eindeutig nationalsozialistisch geprägten familiären Sozialisation Zeugnis geben, und Aussagen, die eine Ablehnung des Nationalsozialismus aufgrund des familiären Hintergrunds verständlich machen. Hier durchgängig von einer moralischen Zeitzeugenschaft zu sprechen wäre sachlich und inhaltlich unredlich, zumal auch die betreffenden Interviewten eine solche Funktion für sich nicht reklamieren. Die Ungleichartigkeit der Zeitzeugen-Aussagen in dieser Medienstation war insofern beabsichtigt, als eine Alleinstellung des Verhaltens moralischer Zeugen aus der Bürgerschaft die historische Realität unzutreffend wiedergegeben hätte. Der stadthistorische Ansatz muss im Gegenteil darauf hinweisen, dass sich viele Oberhausenerinnen und Oberhausener aus Begeisterung, Eigennutz oder Anpassung der NSDAP anschlossen und dass die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge große Bevölkerungsteile in ihrer Zustimmung für das NS-Regime bestärkten. Folgerichtig werfen die Oberhausener Erzählungen Fragen auf, die nicht schematisch in einer Dichotomie von Zustimmung versus Ablehnung aufzulösen sind, sondern die versuchen, eine vielschichtige Komplexität abzubilden. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der Gedenkhalle als historisch unbelastetem Ort und als Ort der Vermittlung von Stadtgeschichte vermutlich ein tendenziell weiteres Zugriffsspektrum zur Verfügung steht als beispielsweise KZ- und Euthanasie-Gedenkstätten.

Zukünftige Arbeitsvorhaben

Auch wenn die neue Dauerausstellung fertig gestellt ist, kann keinesfalls von einem Ende der Neukonzeption die Rede sein. Zu den Aufgaben der näheren Zukunft zählen die Entwicklung und Anpassung der aktuellen pädagogischen Angebote an die neue Ausstellung sowie die Produktion von ausstellungsbegleitenden Publikationen. Die Überarbeitung des Außenraums vor der Gedenkhalle mit den zwei Gedenkskulpturen der »Trauernden« und des »Bombenrichters« stellt ein wesentliches Aufgabengebiet dar, da insbesondere hier für die problematische – und bereits mehrfach durch städtische Akteure thematisierte – Gedenksituation mit der »Trauernden« von Willy Meller eine Lösung zu finden ist. Schließlich ist das 50-jährige Jubiläum der Gedenkhalle im kommenden Jahr angemessen zu begehen.

Weitere Informationen zur Gedenkhalle sind zu finden unter: www.oberhausen.de/gedenkhalle_kultur.php oder unter www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/oberhausen.

Clemens Heinrichs ist seit 2001 Leiter des Bunkermuseums und seit 2003 Leiter der Gedenkhalle der Stadt Oberhausen.

Gedenken an die NS-»Kindereuthanasie« – das Fallbeispiel der Landesheilanstalt Eichberg

Lutz Kaelber

Bei der nationalsozialistischen »Kinder- und Jugendlicheneuthanasie« handelt es sich um ein in der Menschheitsgeschichte einmaliges Programm, eine sozialdarwinistische Vision einer Gesellschaft durch systematischen Mord an behinderten Kindern und Jugendlichen zu verwirklichen. In eigens dafür eingerichteten »Kinderfachabteilungen« ging es den Tätern darum, »lebensunwertes« Leben schon kurz nach der Geburt oder beim Aufwachsen zu vernichten. Im Rahmen eines vom Autor durchgeführten Forschungsprojektes zur Erinnerung an die NS-»Euthanasie«-Verbrechen und ihre Opfer wird im Folgenden auf die Erinnerungsgeschichte am Ort einer dieser »Kinderfachabteilungen« in der Landesheilanstalt Eichberg eingegangen. Danach werden aus dieser Analyse generelle Folgerungen für den geschichtlich-kulturellen und Gedenkstättenpädagogischen Umgang mit dieser Art von NS-Verbrechen abgeleitet¹.

Die »Kinderfachabteilung«

Die »Kinderfachabteilung« in der Landesheilanstalt Eichberg, in der Nähe der Stadt Eltville (bei Wiesbaden) gelegen, wurde im März oder Anfang April 1941 eingerichtet und bestand bis März 1945. Der Direktor der Landesheilanstalt war Dr. Friedrich Mennecke, der auch für die so genannte »T4«-Aktion (dem Gasmord an hospitalisierten, größtenteils erwachsenen Psychatriepatienten) als Meldebogengutachter tätig war. Sein Stellvertreter, Dr. Walter Schmidt, war für die »Kinderfachabteilung« als deren Leiter verantwortlich. Mit seiner Einberufung zur Wehrmacht im Januar 1943 blieb Dr. Mennecke zwar noch nominell der Leiter der Anstalt, de facto wurde diese ab dann unter der Leitung von Dr. Schmidt geführt².

Mehr als 500 Kinder und Jugendliche starben während des Bestehens der »Kinderfachabteilung« auf dem Eichberg. Nach konservativer Einschätzung wurde die überwiegende Mehrheit von ihnen wahrscheinlich ermordet³, wobei die Zahl der Opfer realistisch aber auf mindestens 430 geschätzt wird⁴. Es gab auch Kinder, die zuvor an der Heidelberger Psychiatrischen Universitätsklinik unter Carl Schneider untersucht worden waren, um danach zur Tötung auf den Eichberg gesandt zu werden. Ihre Gehirne wurden anschließend nach Heidelberg zu Forschungszwecken in Verbindung mit der »Euthanasie« zurückgeschickt⁵. Am Eichberg fanden zudem Schulungen von »Euthanasie«-Ärzten, wie etwa von Dr. Magdalena Schütte, der Leiterin der Stuttgarter »Kinderfachabteilung«, statt⁶. Zur Unterbringung der »Kinderfachabteilung« wurde ein bestehendes Gebäude als Kinderbaracke in Betrieb genommen. Sie beherbergte die jüngeren Kinder, während die Kinder im Alter von mehr als neun Jahren mit erwachsenen Patienten auf anderen Stationen untergebracht waren⁷. Die Kinderbaracke, die eine gewisse Randlage auf der Anlage hatte, existiert heute nicht mehr.

Aufarbeitung nach dem Ende der NS-Herrschaft

Bereits im Dezember 1946 kam es bezüglich des Patientenmordes auf dem Eichberg in Frankfurt/M. zum Prozess. Zuvor hatte in Berlin ein deutsches Gericht im Verfah-



ren bezüglich der »Euthanasie«-Morde in der Heil- und Pflegeanstalt Meseritz-Obrawalde gegen die Angeklagten, Oberärztin Dr. Hilde Wernicke und die Krankenpflegerin Helene Wiczorek, wegen hundertfachen Mordes zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde im Januar 1947 auch vollstreckt⁸. Dr. Mennecke wurde wegen seiner Tätigkeiten im Rahmen des »T4«-Programms, der Verlegung von Patienten in die Tötungsanstalt Hadamar und der Ermordung von erwachsenen Patienten vor Ort (etwa 2300 Menschen starben auf dem Eichberg in der Zeit des Zweiten Weltkrieges), und expressis verbis auch angesichts seiner Rolle in der »Kindereuthanasie« zum Tode verurteilt. Er verstarb 1947 an Tuberkulose, bevor das Urteil vollstreckt werden konnte⁹. Im gleichen Prozess gab Dr. Schmidt zu, zwischen 30 und 40 Kinder persönlich getötet zu haben. Die ihm direkt unterstehende Oberschwester Helene Schürg gestand ihrerseits die Tötung von 30 bis 40 Kindern auf seine Anordnung hin. Sie erklärte, dass über 500 Kinder in die »Kinderfachabteilung« eingewiesen worden waren, von denen 200 aktiv getötet wurden. Auch der Stationspfleger Andreas Senft gab zu, bei der Tötung von Kindern mitgewirkt zu haben. Dr. Schmidt wurde zunächst zu lebenslangem Zuchthaus, im Berufungsverfahren 1947 dann zum Tode verurteilt. In sukzessiven Begnadigungsaktionen wurde seine Strafe 1949 auf lebenslänglich, 1951 in 10 Jahr Haft umgewandelt, bevor er 1953, als ihm zugeschrieben wurde, in Haft eine Heilung für Kinderlähmung gefunden zu haben, auf öffentlichen Druck entlassen wurde.

Trotz entzogener Approbation übte er noch jahrelang in der Gegend von Hattenheim (einem Nachbarort Eltvilles) seinen Beruf als Arzt aus. Da auch Schürg und Senft, die zu acht bzw. vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, vorzeitig aus der Haft entlassen wurden, war von der Hauptbeteiligten am Eichberger Kindermord ab Mitte der 1950er Jahre keiner mehr im Gefängnis.

Die besondere Darlegung des Kindermordes im Rahmen des »Reichsausschussverfahrens« auf dem Eichberg während des Prozesses im Jahre 1946 hatte zur Folge, dass in wissenschaftlichen Publikationen von nun an der Eichberg als eindeutig identifizierte Stätte der »Kindereuthanasie« ausgewiesen war. So spielte etwa in dem von Alice Platen-Hallermund in Jahre 1948 veröffentlichten Buch »Die Tötung Geisteskranker in

Stelle des vermutlichen
Massengrab für Kinder.
Foto: Lutz Kaelber

Deutschland« der Kindermord auf dem Eichberg eine prominente Rolle. Die öffentliche Unterstützung einer Begnadigung von Dr. Schmidt kann als eine kommunale Reaktion auf Publikationen wie der von Platen-Hallermund verstanden werden.

Die Heilanstalt hatte nachweislich infolge der Studie einen schlechten Ruf¹⁰, was für manche ganz und gar nicht zum Selbstverständnis der Region gepasst haben mag. Wiewohl im Jahr 1949 noch anlässlich der Hundertjahrfeier der Anstalt sowohl der Anstaltsdirektor als auch der sich nachhaltig für ein Nichtvergessen der NS-Gräueltat einsetzende Dezernent für die Landesheilanstalten, Friedrich Stöffler, auf die »Euthanasie«-Morde auf dem Eichberg hinwiesen¹¹, scheinen jene dann recht schnell aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden zu sein. Dies geschah trotz vorhandener Berichte in den 1950er und 1960er Jahren auf dem Eichberger Kindermord in der Presse wie auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen, etwa im Hinblick auf die Begnadigung des verurteilten T4-Vergasungsarztes Hans Bodo Gorgaß, dessen Straferlass mit dem des Kindermörders Schmidt verglichen wurde¹². 1968 veröffentlichten ersten

Band der Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen waren die Strafurteile zu Eichberg enthalten¹³.

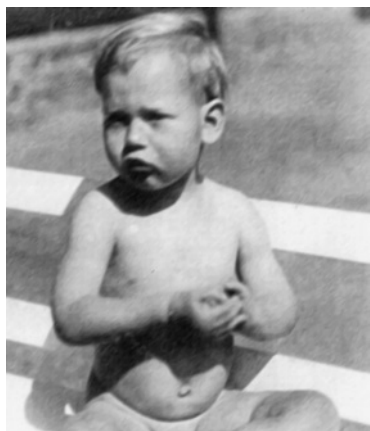
Als sich dann in den frühen 1980er Jahren eine Gruppe von Schülern mit ihrem Lehrer Horst Dickel im Rahmen einer Projektwoche und eines sich daraus ergebenden Beitrags zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten »Jugendliche forschen vor Ort« mit dem Thema »Euthanasie« auf dem Eichberg befasste, wurde den Schülern von der Anstaltsleitung mitgeteilt, dass dieser die Veröffentlichung der Eichberg Urteile nicht bekannt sei¹⁴. Eine ähnliche Amnesie fand die Gruppe bei älteren Bewohnern der Städte und Dörfer rund um den Eichberg vor, die zwar nach eigenen Angaben generell wussten, dass Eichberg eine Zwischenanstalt für Hadamar war, nicht aber, dass auch auf dem Eichberg selbst im Rahmen der dezentralen »Euthanasie« Patienten ermordet wurden. Vom Kindermord in einer »Kinderfachabteilung« wollte keiner

etwas gewusst haben. Vielen der Angesprochenen war es sogar lästig, über die NS-Vergangenheit der Region überhaupt befragt zu werden¹⁵.

Es gibt Gründe, diesem angeblichen Nichtwissen mit Skepsis zu begegnen. Jedenfalls bemerkt der in der Gegend aufgewachsene Historiker Markus Kreitmair in seiner Arbeit zur Geschichte des Kindermordes auf dem Eichberg¹⁶, dass die Ankunft von so vielen Kindern am kleinen Bahnhof in Hattenheim nicht unbemerkt vor sich gegangen sein kann, und sicherlich verbreiteten sich Informationen über solche Vorgänge und darauf aufbauende Gerüchte schnell in dieser ländlichen Gegend. Jedenfalls wurden, wie er berichtet, Eltern von Kindern in der Gegend von Dorfbewohnern mit dem ominösen Hinweis gewarnt, dass auf dem Eichberg Kinder nach der Einweisung medizinischen Forschungszwecken zugeführt würden¹⁷.

Die Untersuchungen der Schülergruppe und die sich daran anschließende Publikationen von Horst Dickel¹⁸ läuteten eine eingehende wissenschaftliche Beschäftigung mit der »Euthanasie« auf dem Eichberg ein, für die es von ihrem Umfang her für die meisten anderen »Kinderfachabteilungen« kaum Vergleichbares gibt. Diese Untersuchungen finden sich in einer Reihe von Büchern, Aufsätzen, einer Dissertation und zwei Diplomarbeiten und wissenschaftlichen Dissertationen und Seminararbeiten¹⁹, einschließlich einer Anfang der 1990er Jahre erstellten ersten Analyse der noch vor-

Opfer der
NS-»Kindereuthanasie«
auf dem Eichberg.
Foto: Markus Kreitmair,
»In Fear of the Frail«,
S. 126; urspr. Hessisches
Hauptstaatsarchiv
Wiesbaden



handenen Krankenakten²⁰, von denen noch zuvor von der Anstaltsleitung gegenüber der Gruppe um Horst Dickel noch behauptet worden war, solche gebe es nicht mehr. Hinweise auf die Existenz solcher Akten hatten sich ergeben, als die Gedenkstätte Hadamar in Vorbereitung auf die dortige Dauerausstellung »Verlegt nach Hadamar« nach Informationen über auf dem Eichberg verstorbene Kinder suchte²¹ und solche dann in die Wanderausstellung »Euthanasie in Hadamar. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten« integrierte. Zum Anlass des 150-jährigen Bestehens der Klinik wurde im Rahmen der Historischen Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen eine Schrift veröffentlicht, die sich unter dem Titel »Wissen und Irren. Psychatriegeschichte aus zwei Jahrhunderten – Eberbach und Eichberg« eingehend mit der NS-Vergangenheit der Institution beschäftigte²² und aus der eine gleichnamige Wanderausstellung hervorging, in der auch dezidiert auf die »Reichsausschussaktion« auf dem Eichberg eingegangen wurde. Zum Kindermord auf dem Eichberg gibt es auch – fast einzigartig unter den »Kinderfachabteilungen« – eine englischsprachige Abhandlung, die im Internet abrufbar ist²³.

Solche Versuche, den Kindermord auf dem Eichberg zu erforschen und darüber zu berichten, haben aber anscheinend wenig daran geändert, dass in der Region nach wie vor geringes Interesse an der Thematik besteht. Jedenfalls lässt sich dies aus der Reaktion schließen, die der regional bekannte Journalist Hans Dieter Schreeb erfuhr, als er im Jahr 2006 im »Wiesbadener Tageblatt« eine Serie zu der Geschichte der Anstalt Eichberg veröffentlichte, in der er auch auf die »Euthanasie«-Morde einging. Im Gegensatz zu anderen regionalbezogenen Berichten des Journalisten, auf die es gewöhnlich immer ein reges Leserinteresse mit entsprechenden Zuschriften an die Zeitung gab, herrschte in Bezug auf die Morde auf dem Eichberg Totenstille²⁴.

Vor Ort wurde auf dem Eichberg im Jahr 1985 ein erstes Gedenkobjekt in Form eines Gedenkkreuzes auf dem Anstaltsfriedhof mit Hinweis auf die »Euthanasie«-Opfer errichtet. Auf der Inschrift am Kreuz findet sich allerdings kein besonderer Hinweis auf die Kinderopfer. Ein solcher Hinweis erfolgte dann im Jahr 1988 auf einer Gedenktafel an der Kapelle des alten Friedhofs auf dem Eichberg, wo auch die verstorbenen Kinder begraben wurden, mit folgender Inschrift: »Zum Gedenken an die hilflosen Kinder, die auf dem Eichberg in der Zeit des Nationalsozialismus Opfer der »Euthanasie«-Verbrechen wurden und hier begraben liegen. Ihr Tod soll uns Mahnung sein«. Ein Rosenbeet für die Kinder an der Stelle, wo vermutlich viele von ihnen in einem Massengrab begraben liegen, wurde im gleichen Jahr angelegt, wird aber heute nicht mehr gepflegt.

Im Jahr 1993, nach Diskussionen darüber, ob dieser Friedhof aufgelassen werden solle, wurde dann in unmittelbarer Nähe der Kapelle und des Rosenbeets ein vom Landeswohlfahrtsverband Hessen, dem Träger der Anstalt, in Auftrag gegebener und vom Steinmetz Uwe Kunze erstellter Gedenkstein in Form eines Sarkophags den Opfern gewidmet. Aus dem Sarkophag ragen ein Teddybär und Holzpferdchen heraus, scheinen aber langsam in ihn hinein zu sinken. Damit wird die Kindheit symbolisiert, die für viele auf dem Eichberg zerstört wurde. Daneben befindet sich folgende Inschrift: »In Erinnerung an die vielen Menschen, die auf dem Eichberg Opfer der NS-Zwangs-

Foto von Dr. Walter Schmidt, ca. 1945.
Foto: Ausstellung auf dem Eichberg, Tafel 5; urspr. Bundesarchiv, BDC



sterilisation und »Euthanasie«-Verbrechen wurden, gedenken wir – der 301 Frauen und Männer, die von 1935 bis 1939 unter Zwang sterilisiert worden sind, – der 2019 Patientinnen und Patienten, die 1940/41 über die »Sammelanstalt« Eichberg in die Tötungsanstalt Hadamar verlegt wurden, darunter 660 Menschen vom Eichberg, – der 476 behinderten Kinder, die von 1941 bis 1945 in einer sogenannten Kinderfachabteilung zu »wissenschaftlichen Zwecken« beobachtet und dann ermordet wurden, – der vielen Patientinnen und Patienten, die von 1942 bis 1945 durch Unterernährung und überdosierte Medikamente gewaltsam zu Tode kamen. Ihr Leben und Tod sind uns Mahnung und Auftrag für Gegenwart und Zukunft«.

Seither hat es an der Kapelle regelmäßig religiöse Gedenkveranstaltungen zum Totensonntag und gelegentlich auch Jugendcamps und andere Veranstaltungen für Jugendliche (auch) zum Gedenken an die Kinderopfer vor Ort gegeben.

Trotz dieser vorhandenen Gedenkzeichen war es für Besucher des Eichbergs nicht leicht, diese überhaupt zu finden. Auf der Internetseite des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen findet sich zwar eine extensive und übersichtliche Dokumentationen existierender Gedenkobjekte an den unter seiner Trägerschaft stehenden Institutionen, aber keine Geschichte des Eichbergs. Die Internetseite der Klinik, heute zur »Vitos Rheingau« gehörend, weist auf die Chronik der Anstalt unter Einbeziehung der Zeit des Nationalsozialismus hin und hat nun auch eine der Gedenkstätte selbst gewidmete Seite²⁵, aber dies ist erst seit 2010 der Fall. Vorher fand sich diesbezüglich nichts. Auch der Besucher vor Ort fand kein Hinweisschild, welches auf die Lokalisierung von Gedenkobjekten auf dem weitläufigen und steil bebauten Gebiet hingewiesen hätte.

Um diesem Zustand abzuhelpen, bieten seit etwa fünf Jahren zwei Mitarbeiter der evangelischen Krankenhausfürsorge vor Ort einen historischen Rundgang zu den Gedenkstätten an, der sich sowohl an andere Mitarbeiter und Patienten als auch an Besucher wendet. Zudem formierte sich eine Arbeitsgemeinschaft »Gedenkstätte Eichberg« in der Klinik, um die NS-Vergangenheit der Stätte nicht nur weiter zu erforschen, sondern auch präsent zu machen. Deren Aktivitäten resultierten in einer Dauerausstellung in einem Gebäude, für die die ehemalige Wanderausstellung des Jahres 1999 leicht überarbeitet wurde. Die Dauerausstellung wurde am 1. September 2009 in Anbetracht des siebzigsten Jahrestages des von Hitler unterschriebenen, auf den 1. September 1939 zurückdatieren »Euthanasieerlasses« der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Folgerungen für die Genese und Phänomenologie der Erinnerungs- und Gedenkkultur zur NS-»Kindereuthanasie«

Das Fallbeispiel Eichberg illustriert auf einprägsame Weise mehrere Aspekte der nationalen und internationalen auf die NS-»Kindereuthanasie« bezogenen Gedenkkultur. Diese Aspekte lassen sich wie folgt thematisieren:

- 1 Entkoppelung von wissenschaftlicher Erkenntnis und gesellschaftlichem Gedenken
- 2 Einbettung in nationale Gedenk- und Erinnerungskulturen und lokale Besonderheiten
- 3 Jubiläen und formale Gedenktage als Gedenkanstöße
- 4 Die Rolle von Gedenkakteuren
- 5 Relevanz des Internets
- 6 Verborgene Schätze und verpasste Gelegenheiten – Zur Neu- und Nicht-Nutzung bestehender Ausstellungen

1 Entkoppelung von wissenschaftlicher Erkenntnis und gesellschaftlichem Gedenken

Macht man sich klar, dass, wie oben ausgeführt, ein umfangreicher und detaillierter wissenschaftlicher Apparat zu den geschichtlichen Ereignissen auf dem Eichberg während des Nationalsozialismus bereitsteht, und dies auch schon ungewöhnlich früh der Fall war, so fällt auf, dass sich daraus noch lange nicht die Existenz einer lokalen oder regionalen Erinnerungskultur ableiten lässt. Für den Eichberg war die Erinnerung lange Zeit nicht existent und damit von den fortschreitenden wissenschaftlichen Erkenntnissen über den dortigen Kindermord ziemlich entkoppelt. Die Veröffentlichung des Eichberg-Urteils in Buchform 1968 hat an der lokalen Erinnerungsverweigerung über die darauffolgenden 30 Jahre hinweg nichts geändert und möglicherweise eine solche Form von Verweigerung als Abwehrmechanismus mit hervorgehoben und bestärkt²⁶. Erst über die letzten zwanzig Jahre hinweg hat sich die Situation geändert.

2 Einbettung in nationale Gedenk- und Erinnerungskulturen und lokale Besonderheiten

Gedenken, oder das, was man im Angloamerikanischen als »commemoration« bezeichnet, ist in eine nationale und internationale Erinnerungs- und Gedenkkultur eingebettet, wozu es abgrenzbare historisch-nationale Profile gibt. Für das ehemalige Westdeutschland hat der Soziologe M. Rainer Lepsius²⁷ ein solches Profil als Internalisierung identifiziert, dahingehend, dass die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland sich der Verantwortung für die Folgen des nationalsozialistischen Terrorregimes nicht grundsätzlich entziehen konnte und daraufhin normativ orientiert war. Ein epochaler Wechsel im Umgang mit dem Nationalsozialismus trat auf breiter Basis aber erst in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren ein, wobei in der wissenschaftlichen Literatur oft auf die Wirkungen des U.S.-Films *Holocaust* verwiesen wird²⁸. Solche Gedenkanstöße sind aber lokal und regional durchaus nicht immer schnell zur Geltung gekommen. So hat es bis 1988 gedauert, um vor Ort auf dem Eichberg in moderater Form durch eine Gedenktafel *expressis verbis* auf den Kindermord hinzuweisen, und nochmals fünf Jahre mehr, ein Denk- und Mahnmal mit deutlichem Hinweis auf diesen vor Ort zu errichten. Diese Gedenkobjekte stehen aber am Rande des Geländes, wo sie ein Besucher (bis heute) kaum finden konnte. Erst im letzten halben Jahrzehnt finden sich interaktivere und historisch-dokumentierende Erinnerungsformen vor Ort wieder.

3 Jubiläen und formale Gedenktage als Gedenkanstöße

Gedenkanstöße gingen oft formal von einem Jubiläum oder historisch signifikanten Jahrestag aus, wie dies auf dem Eichberg etwa 1999 und 2009 der Fall war. Besonders bei einem institutionellen Jubiläum ist es in den letzten 15 Jahren zunehmend undenkbar geworden, die Verwicklung einer Heilanstalt in während des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen zu beschönigen oder gänzlich zu übergehen. Vom religiösen und säkularen Kalender überformte Jahrestage wie etwa der Volkstrauertag und in jüngerer Zeit der 27. Januar, aber auch der Fronleichnam in katholischen Gegenden, bieten an manchen Orten nach wie vor Gelegenheit, an mehr oder weniger offiziellen Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Ohne Frage können diese politisch funktionalisiert werden, besonders auf Bundesebene, und man kann dies als Normalisierung der NS-Vergangenheit durch (stilisierte) Ritualisierung bezeichnen²⁹. Solche Ritualisierungspraktiken, jüngst von Ulrike Jureit und Christian Schneider³⁰ als inhaltsleere Trauerarbeit scharf kritisiert, können auf lokaler Ebene die Gedenkaktivitäten fokussie-

ren und ein Forum bereitstellen, aus dem sich dann weitere Aktivitäten ergeben. So hat etwa Paul Connerton³¹ auf die sozial-performativen Funktionen des Gedenkrituals hingewiesen, die durchaus nicht sinnleert sein und sich im »ritualhaften Agieren«³² erschöpfen müssen, sondern gedenkanregende und vor allem gedenkstabilisierende Wirkungen haben können. Eine einseitig negative Betrachtung solcher Rituale ist daher problematisch und führt empirisch leicht zu oberflächlichen Betrachtungen bezüglich der realen Gedenkpraktiken³³.

4 Die Rolle von Gedenkakteuren

Bevor es zu einer mnemonischen Stabilisierung kommen kann, benötigt das Gedenken eine Initialisierung, die von Gedenkakteuren ausgehen, für die sich in der englischsprachigen Literatur der Ausdruck »memory agents«³³ eingebürgert hat. Die Rolle von memory agents liegt darin, vor Ort die Fundamente einer Gedenkkultur zu legen und weitere Personen und Gruppen für Gedenkaktivitäten zu gewinnen bzw. diesen bei der Annäherung an die geschichtlichen Ereignisse, hier der NS-Verbrechen und deren Kinderopfer, zu helfen und diese dabei zu begleiten. Auf dem Eichberg wird diese Rolle von den Seelsorgern und Betreuern, die den historischen Rundgang und kommemorativ Aktivitäten anbieten, der Arbeitsgemeinschaft, die die Errichtung der Dauerausstellung vor Ort erreichte, und einer für die Öffentlichkeitsarbeit des Vitos Rheingau zuständigen Mitarbeiterin wahrgenommen.

5 Relevanz des Internets

Untersuchungen zur Benutzung des Internets im Zusammenhang mit traditionellen Gedenkstätten zeigen, dass dieses besonders bei jüngeren Generationen nicht mehr wegzudenken ist, sowohl in Bezug auf die Bekanntmachung einer Gedenkstätte als auch zunehmend auf die Vorbereitung eines Besuches. Dabei agieren nach neuesten Befunden Gedenkstätten national als auch international bezüglich ihres Multimedia-Angebotes tendenziell konservativ³⁵.

Mancherorts wurde mir bei Besuchen von europäischen Gedenkorten zur NS-Euthanasie die Grundhaltung der Anbieter deutlich, nicht etwa zu viele Elemente einer Ausstellung ins Internet zu stellen, weil man (abgesehen von finanziellen Engpässen, die es allorts zu geben scheint) einerseits datenschutzrechtliche Bedenken hatte und andererseits auch die Befürchtung hegte, eine Internetseite würde als Substitution für einen Besuch dienen und sich so auf die tatsächlichen Besuchszahlen negativ auswirken. Diese Besorgnisse sind auf der Grundlage der Ergebnisse methodologisch anspruchsvoller wissenschaftlicher Untersuchungen als unbegründet zu betrachten³⁶. Nicht nur erwarten heute viele Besucher eines Museums oder einer Gedenkstätten eine institutionelle Internetpräsenz und sehen diese mitunter auch als Proxy für die erwartete Qualität der dortigen Darstellung an, eine solche Präsenz erhöht auch generell die Besucherzahl, selbst dann, wenn die virtuelle Ausstellung viele Elemente der physischen Ausstellung dupliziert. Selbst wenn dies nicht so wäre, ließe sich zusätzlich anhand empirischer Untersuchungen feststellen, dass die Besucher, die sich vorher im Internet durch das Angebot einer Gedenkstätte informiert haben, einen besseren und nachhaltigeren Zugang zu den Materialien vor Ort haben³⁷.

Dies ist nun für die Orte der ehemaligen Kinderfachabteilungen insoweit relevant, als viele bis heute keine Internetpräsenz haben, was sich allerdings in den letzten fünf

Bundesland	Ort	Gedenkobjekt(e) (Auswahl) ³⁹ , seit	Gedenkobjekt oder andere Gedenkart auf Kinderopfer bezogen, seit	Akt. Internet- gedenken ⁴⁰ / Ausstellung vor Ort*
Baden- Württemberg	Stuttgart	nein	Nein	nein / nein
	Wiesloch	Hölzernes Kreuz, 1980 Mahnmal, 1990	Nein	nein / nein
Bayern	Ansbach	Gedenktafel, 1992	Ausstellungstafel (AT) in der Psychiatrie- Dauerausstellung, 2002	nein / ja
	Egging-Haar	Gedenktafel, 1987 Mahnmal, 1990	Erläuterungstafel zum Mahnmal, 2005 AT im Psychiatrie- Museum, 2005	nein / ja
	Kaufbeuren- Irsee	Skulptur, 1981 (Irsee) Gedenkstein, 1989 Mahnmal, 2008 (Kaufbeuren)	Nein	nein / nein
Berlin	Berlin- Wittenau	Gedenktafel, 1993	Gedenktafel, 1993 AT in der Ausstellung »Totgeschwiegen«, 1988	nein / ja
Hamburg	Langenhorn	Gedenkstein, 2009	Gedenkstein, 2009	nein / nein
	Rothenburgs- ort	Gedenktafel, 1999	Gedenktafel, 1999	nein / nein
Hessen	Eichberg	Gedenkkreuz, 1985 Gedenktafel, 1988 Gedenkstein, 1993	Gedenktafel, 1988 Gedenkstein, 1993 AT im Haus 8, 2009	nein / ja
	Kalmenhof	Gedenkkreuz, 1984 Mahnmal, 1987	Mahnmal, 1987 AT in der Ausstellung »Der Kalmenhof damals und heute«, Verwal- tungsgebäude, 1999	nein / ja
Nieder- sachsen	Lüneburg	Gedenkstein, 1983	AT in Gedenkstätte, 2004	Ja / ja
Nordrhein- Westfalen	Dortmund- Aplerbeck	Gedenkstein, 1989 Denkmal, 1991 Gedenkstein, 1994	Denkmal, 1991 Gedenkstein, 1994	nein / nein
	Nieder- marsberg	Skulptur u. Gedenktafel, 1993 Kunstinstallation auf dem Friedhof, 2004	Denkmal, 2000 Kunstinstallation auf dem Friedhof, 2004	nein / nein
Schleswig- Holstein	Waldniel	Gedenktafel, 1988 Gedenkstein, 1988	Gedenktafel, 1988	ja / nein
	Schleswig- Hesterberg	Skulptur u. Gedenktafel, 1993	Skulptur u. Gedenktafel, 1993	nein / nein
	Schleswig- Stadtfeld	Nein	Nein	nein / nein

Gedenken an die
Kinderopfer an Stätten
der Kinderfach-
abteilungen in den
alten Bundesländern

*auch im Rahmen eines Museums

Jahren zu ändern begonnen hat. Für den Eichberg lässt sich jedenfalls feststellen, dass noch im Jahr 2007 weder über den historischen Rundgang noch über sonstige Möglichkeiten im Internet angeboten wurde, die historischen Ereignisse zum Kindermord auf dem Eichberg näher zu verstehen. Ohne die Informationsbereitstellung im Internet wäre es für non-lokale Interessenten äußerst schwierig, überhaupt von Möglichkeiten des Gedenkens zu erfahren und Kontakt aufzunehmen. An manchen Stätten der Kinderfachabteilungen findet kinderzentriertes Gedenken haupt- und ausschließlich im Internet statt. Die Tabelle auf Seite 21 gibt einen Überblick.

6 Verborgene Schätze und verpasste Gelegenheiten – Zur Neu- und Nicht-Nutzung bestehender Ausstellungen

Gedenkstättenpädagogische Bildung fällt schwer, wenn es vor Ort keine bildlich-textlichen Lernmöglichkeiten gibt. Für den Täterort Eichberg konnte die dortige Arbeitsgruppe zur Vermittlung der historischen Ereignisse im Nationalsozialismus nicht nur auf eine bereits bestehende und gut aufgemachte Ausstellung zurückgreifen, die auch ein Jahrzehnt nach ihrem Entstehen nichts an Aktualität verloren hat, sondern diese auch in renovierten Ausstellungsräumen vor Ort nun hoffentlich dauerhaft Besuchern bereitstellen. Eine solche Neu-Nutzung einer bestehenden Ausstellung ist jedoch die Ausnahme, obwohl es an manchen Stätten ehemaliger »Kinderfachabteilungen« im Rahmen der Psychiatriereform freigewordene und damit leerstehende Häuser und Etagen gibt, die allerdings von einer sich ausbreitenden Forensik zunehmend wieder reklamiert werden. Dort hat man bis jetzt leider allzu oft verkannt, dass man bereits bestehenden Ausstellungen auf recht einfache Weise ein neues und dauerhaftes Zuhause geben könnte. Dies ist umso bedauernswerter, desto mehr man sich vergegenwärtigt, welche Vielzahl von Ausstellungen bereits besteht. Es handelt sich mitunter um Ausstellungen, für die mühevoll einzigartige Materialien zusammengetragen wurden – nur um dann nach wenigen Jahren an einem unzugänglichen Ort eingemottet zu werden³⁸. Beispiele solch einzigartiger, speziell auf Kinderopfer bezogener Ausstellungen gibt es etwa in Thüringen (»Überweisung in den Tod. Nationalsozialistische »Kindereuthanasie in Thüringen«), Leipzig (»505. Kinder-Euthanasieverbrechen in Leipzig«) und Wien (»Kindereuthanasie in Wien 1940–1945. Krankengeschichten als Zeugen«). Bezüge zu lokalen historischen Ereignissen ließen sich im Rahmen einer Neu-Nutzung bei all diesen bestehenden Ausstellungen recht leicht herstellen.

Ausblick

Im Rahmen dieser Untersuchungen wurde nur die Erinnerungslandschaft zur »Kindereuthanasie« in den westlichen deutschen Bundesländern untersucht. In weiteren Untersuchungen müsste auf die östlichen Bundesländer eingegangen werden, die zu DDR-Zeiten Vergangenheitspolitik mittels »Universalisierung« des Nationalsozialismus als Ausprägung des westlichen Monopolkapitalismus betrieb, wo sich aber nun an manchen Stätten der »Kinderfachabteilungen« ein reges Interesse an einer Beschäftigung mit dem Thema und dem Gedenken an ihre Opfer zeigt.

Für Wien lässt sich das ebenfalls im Kontext der Republik Österreich feststellen. Die verantwortlichen Akteure in der Klinik bedienen sich zunehmend weniger einer Externalisierungsstrategie der nationalsozialistischen Verbrechen.⁴¹ In Polen und der Tschechischen Republik bleibt es – wenn überhaupt bei lokalen Gedenkinitiativen.⁴²

Prof. Dr. Lutz Kaelber ist Associate-Professor der Soziologie an der Universität Vermont (USA). Er hat auf dem Gebiet der europäischen Gedenkkultur zur NS-Vergangenheit, zum Tourismus und soziologische Klassiker publiziert.

- 1 Der Autor hat in den Jahren 2007 bis 2010 die Orte der etwa 30 »Kinderfachabteilungen« besucht und die Gedenkgeschichte auf einer englischsprachigen Internetseite dargestellt und dokumentiert (www.uvm.edu/~lkaelber/children). Eine ausführlichere Darstellung des Themas findet sich in: Lutz Kaelber, Gedenken an die NS-»Kindereuthanasie«-Verbrechen in Deutschland, Österreich, der Tschechischen Republik und Polen. In: Lutz Kaelber und Raimond Reiter (Hrsg.), Kinder und »Kinderfachabteilungen« im Nationalsozialismus – Gedenken und Forschung. Frankfurt 2011.
- 2 Peter Sandner, Der Eichberg im Nationalsozialismus. Die Rolle einer Landesheilanstalt zwischen Psychiatrie, Gesundheitsverwaltung und Rassenpolitik. In: Christina Vanja u.a. (Hrsg.), Wissen und Irren. Psychiatriegeschichte aus zwei Jahrhunderten – Eberbach und Eichberg. Kassel 1999, S. 164–220; Gerrit Hohendorf u.a., Die »Kinderfachabteilung« der Landesheilanstalt Eichberg 1941 bis 1945 und ihre Beziehung zur Forschungsabteilung der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg unter Carl Schneider. In: Vanja, Wissen und Irren, a.a.O., S. 221–243; Peter Sandner, Verwaltung des Krankmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus. Gießen 2003, S. 532–566.
- 3 Sandner, Verwaltung des Krankmordes, a.a.O., S. 539.
- 4 Horst Dickel, Alltag in einer Landesheilanstalt im Nationalsozialismus. Das Beispiel Eichberg. In: Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hrsg.), Euthanasie in Hadamar. Kassel 1991, S. 105.
- 5 Hohendorf, Die »Kinderfachabteilung« der Landesheilanstalt Eichberg, a.a.O.; Sandner, Verwaltung des Krankmordes, a.a.O., S. 546–51.
- 6 Sandner, Verwaltung des Krankmordes, a.a.O., S. 536.
- 7 Sandner, Verwaltung des Krankmordes, a.a.O., S. 534.
- 8 Adelheid Rüter-Ehlermann und C. F. Rüter, Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966. 22 Bände. Amsterdam 1968–1981, hier Band 1, Lfd. Nr. 003; siehe im Folgenden auch Kerstin Freudiger, Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Tübingen 2002, S. 113ff.
- 9 In der Literatur wird auch auf die Möglichkeit eines Selbstmordes hingewiesen.
- 10 Siehe Heinz Faulstich, Der Eichberg in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949. In: Vanja, Wissen und Irren, a.a.O., S. 252–253.
- 11 Faulstich, Der Eichberg, a.a.O., S. 256.
- 12 Hierzu wurde in der Rechtfertigungsschrift des damaligen Ministerpräsidenten und Justizministers von Hessen, Georg August Zinn, zur Begnadigung von Gorgaß auf Schmidts Tötung von »mindestens sieben erbkrank[e] (sic!) Kinder[n]« hingewiesen (Georg August Zinn, Brief zum Fall Gorgaß. In: Die Gegenwart, Band 13, 1958, Nr. 306, S. 102), wobei der Hinweis auf diese Tötungen sich auch im Presseecho auf die Begnadigung wiederfand (etwa in der Zeitschrift »Wort und Wahrheit«, 1958, S. 307).
- 13 Rüter-Ehlermann und Rüter, Justiz und NS-Verbrechen, a.a.O., Band 1, Lfd. Nr. 011.
- 14 Horst Dickel, Der Eichberg – Opfer und Täter. »Lebensunwertes« Leben in der hessischen psychiatrischen Anstalt, 1935–1945. Geisenheim 1983, S. 4. Die Urteilsammlung insgesamt wurde lange Zeit eher wenig beachtet. Siehe Raimond Reiter, 30 Jahre »Justiz und NS-Verbrechen«. Die Aktualität einer Urteilsammlung. Frankfurt 1998.
- 15 Dickel, Der Eichberg, a.a.O., S. 60–62.
- 16 Markus Kreitmair, In Fear of the Frail. The Treatment of the Disabled at the Eichberg Asylum for the Mentally Ill in Nazi Germany. M.A. Thesis, Department of History, Simon Fraser University, 2000, S. 123.
- 17 Kreitmair, In Fear of the Frail, a.a.O., S. 124.
- 18 Dickel, Der Eichberg, a.a.O.; Horst Dickel, »Die sind doch alle unheilbar«. Zwangssterilisation und Tötung der »Minderwertigen« im Rheingau 1934–1945. Frankfurt 1988.
- 19 Linda Orth, Die Transportkinder aus Bonn. »Kindereuthanasie«. Köln 1989, S. 58–69; Christiane Nuhn, Die psychiatrische Anstalt Eichberg und ihre Direktoren 1938–1945. In: Achim Thom und S. M. Rapoport (Hrsg.), Das Schicksal der Medizin im Faschismus. Berlin 1989, S. 209–212; Horst Dickel, Alltag in einer Landesheilanstalt im Nationalsozialismus. Das Beispiel Eichberg. In: Landeswohlfahrtsverband Hessen, Euthanasie in Hadamar, a.a.O., S. 105–113; Andrea Schneider-Wendling, Anstaltspsychiatrie im Nationalsozialismus am Beispiel der Heil- und Pflegeanstalt Eichberg. Medizinische Dissertation, Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1989; Vanja, Wissen und Irren, a.a.O.; Kreitmair, In Fear of the Frail, a.a.O.; Sandner, Verwaltung des Krankmordes, a.a.O.
- 20 Sabine Teich und Anke Tucholski, Eine Studie über »Kindereuthanasie« in der Kinderfachabteilung der LHA Eichberg anhand der Krankenakten im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden. Diplomarbeit im Fachbereich Sozialarbeit, Fachhochschule Frankfurt 1992.
- 21 Teich und Tucholski, Eine Studie über »Kindereuthanasie«, S. 5.

- 22 Vanja, Wissen und Irren, a.a.O.
- 23 Kreitmair, In Fear of the Frail, a.a.O.
- 24 Der Autor dankt Hans Dieter Schreeb für diesbezügliche Angaben.
- 25 Siehe www.vitos-rheingau.de/rheingau/rheingau/historie/chronik.html und www.vitos-rheingau.de/rheingau/rheingau/gedenkstaette.html (beide aufgerufen am 2. Februar 2011).
- 26 Daraus sollte man aber nicht schließen, dass wissenschaftliche Arbeiten keine Veränderung in der Gedenkpraxis bewirken können. Beispielsweise begann das Gedenken an die »Euthanasie«-Opfer in Dortmund-Aplerbeck mit einem Vortrag und einer Buchveröffentlichung von Dr. Karl Teppe vom LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte im Jahr 1989, in dem dieser auch explizit auf die »Kinder-euthanasie« dort einging. Auf die Initiative der Belegschaft und örtlichen Gewerkschaft wurde noch im selben Jahr ein Gedenkstein vor dem Gebäude platziert, das die Kinderfachabteilung behauste. Siehe dazu www.uvm.edu/~lkaelber/children/dortmundaplerbeck/dortmundaplerbeck.html.
- 27 M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«. In: M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Göttingen 1993, S. 229–245.
- 28 Etwa bei Wulf Kansteiner, In Pursuit of German Memory. History, Television, and Politics After Auschwitz. Athens 2006.
- 29 Jeffrey Olick, States of Memory. Continuities, Conflicts, and Transformations in National Retrospection. Durham 2003.
- 30 Ulrike Jureit und Christian Schneider, Gefühlte Opfer. Illusionen einer Vergangenheitsbewältigung. Stuttgart 2010.
- 31 Paul Connerton, How Societies Remember. Cambridge 1989; siehe auch Reinhard Wesel, Gedenken als Ritual. Zum politischen Sinn »sinnentleerter Rituale«. In: Wolfgang Bergem (Hrsg.), Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs. Opladen 2003, S. 17–39.
- 32 Frank König. Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland. Marburg 2007, S. 12.
- 33 Als Beispiel möge man das Buch von Jureit und Schneider betrachten, worin die empirische Analyse auf rudimentärem Niveau verbleibt.
- 34 Vered Vinitzky-Seroussi, Commemorating a Difficult Past. Yitzhak Rabin's Memorials. In: American Sociological Review, Band 67, 2002, S. 30–51; Dee Britton, Arlington's Cairn. Constructing the Commemorative Foundation for United States' Terrorist Victims. In: Journal of Political and Military Sociology, Band 35, 2007, S. 17–37; Lutz Kaelber, Virtual Traumascape. The Commemoration of Nazi »Children's Euthanasia« Online and On Site. In: Digital Icons, Band 4, 2010, S. 13–44.
- 35 Anna Reading, Digital Interactivity in Public Memory Institutions. The Uses of New Technologies in Holocaust Museums. In: Media, Culture and Society, Band 25, 2003, S. 67–85; Andrew Hoskins, Signs of the Holocaust. Exhibiting Memory in a Mediated Age. In: Media, Culture and Society, Band 25, 2003, S. 7–22; Dörte Hein, Erinnerungskulturen online. Angebote, Kommunikatoren und Nutzer von Websites zu Nationalsozialismus und Holocaust. Konstanz 2009; Erik Meyer (Hrsg.), Erinnerungskultur 2.0. Kommemorative Kommunikation in digitalen Medien. Frankfurt 2009.
- 36 Siehe Victoria Kravchyna und Sam Hastings, Informational Value of Museum Websites. In: First Monday, Band 7, 2002, Nr. 2. <http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/article/view/929/851> (aufgerufen am 10. Dezember 2010); Wendy Thomas und Sheila Carey, Actual/Virtual Visits. What Are The Links? In: Museums and the Web 2005. Papers. www.archimuse.com/mw2005/papers/thomas/thomas.html (aufgerufen am 1. Januar 2011); Paul Marty, Museum Websites and Museum Visitors. Before and After the Museum Visit. In: Museum Management and Curatorship, Band 22, 2007, S. 337–360.
- 37 Siehe dazu John Falk und Lynn Dierking, Learning from Museums. Walnut Creek 2000; Bert Pampel, »Mit eigenen Augen sehen, wozu der Mensch fähig ist«. Zur Wirkung von Gedenkstätten auf ihre Besucher. Frankfurt 2007.
- 38 Ein allerdings nicht mehr ganz aktueller Überblick findet sich hier: www.uvm.edu/~lkaelber/exhibits/.
- 39 Im Folgenden ohne Einbeziehung von »Stolpersteinen«. An drei Stätten gibt es solche Stolpersteine vor Ort: Berlin-Wittenau (2004), Lüneburg (seit 2005) und Rothenburgsort (2009).
- 40 Beim aktiven Internetgedenken geht es nicht nur um die Bereitstellung einer Internetseite, sondern auch die Darlegung grundlegender Informationen zum Kindermord vor Ort und die aktuellen Gedenkarten.
- 41 Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus, a.a.O.
- 42 Weitere Ausführungen finden sich in Kaelber, Gedenken an die NS-»Kindereuthanasie«-Verbrechen.

Historisch-politische Bildung mit Angehörigen so genannter bildungsferner Milieus

EIN PRAXISBERICHT

Uta George und Sabine Müller-Wendt

»Muñoz wies zudem darauf hin, dass Bildung in Deutschland durch mangelnde Chancengleichheit geprägt sei; sie sei wie in keinem anderen entwickelten Land von den Vermögensverhältnissen der Eltern abhängig. [...] Im Anschluss an die Reise empfahl Muñoz der deutschen Regierung, das mehrgliedrige Schulsystem, das sich »auf arme Kinder und Migrantenkinder sowie Kinder mit Behinderung negativ« auswirke, noch einmal zu überdenken.«¹

1 Warum dieser Ansatz?

Historisch-politische Bildung, auch in Gedenkstätten, richtet sich mehrheitlich an Menschen, die mindestens eine Hauptschule besuchen. Der Besuch von Gedenkstätten durch Schüler und Schülerinnen von Lernhilfeschulen oder Menschen mit Lernschwierigkeiten ist immer noch als eher selten einzustufen.² Gerade auch Personenkreise, bei denen unangepasstes Verhalten erwartet wird, finden häufig kein angemessenes Angebot vor. Die Gedenkstätte Hadamar hatte sich bereits 2003 für Menschen mit Lernschwierigkeiten geöffnet.³ Im Jahr 2009 bot sich die Möglichkeit, mit finanzieller Förderung des Programms Vielfalt – Demokratie – Toleranz (Videto) des Kreises Limburg-Weilburg⁴, für weitere Zielgruppen niederschwellige und angemessene Angebote zu erarbeiten. In Trägerschaft des Vereins zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e.V. (in enger Kooperation mit der Gedenkstätte) führten zwei Pädagoginnen im Jahr 2009 ein Projekt durch, das sich speziell an Schülerinnen und Schüler einer Schule für Lern- und Erziehungshilfe und an Patienten einer Klinik für forensische Psychiatrie richtete. Beide Zielgruppen zählten zuvor nicht zu den regelmäßigen Besucherinnen und Besuchern der Gedenkstätte.

Viele Schüler der Lernhilfeschule haben einen Migrationshintergrund (häufig türkisch). Da beabsichtigt war, zwei Drei-Tages-Veranstaltungen in einem Bildungshaus anzubieten, führte u.a. die Zusammensetzung der Schülerschaft zu der Überlegung, die beiden Gruppen nach Geschlecht aufzuteilen. Die erste Gruppe war eine reine Mädchengruppe, die zweite eine reine Jungengruppe. Dadurch gestatteten auch die Eltern der Mädchen den Aufenthalt in dem Bildungshaus. Die Arbeit in der forensischen Klinik bedeutete, dass die Pädagoginnen auf Station gingen, d.h. eingeschlossen wurden. Auch bei dieser Zielgruppe war die Trennung nach Geschlechtern Voraussetzung des Bildungsangebotes, da es in der forensischen Klinik aus therapeutischen Erwägungen keine gemischtgeschlechtlichen Stationen gibt.

Der Ansatz des Projektes »Erinnerung und Demokratie – Historisch-politische Bildung für Angehörige bildungsferner Milieus« sah eine große Teilnehmerzentriertheit vor. Die Lebens- und Erfahrungswelt der Teilnehmenden sollte der Referenzpunkt sein, geänderte Schwerpunktsetzungen des Ablaufs waren darin enthalten. Zentral war herauszufinden, welche inhaltlichen und methodischen Ansätze geeignet wären,

Menschen so genannter bildungsferner Milieus an die Erinnerungsarbeit heranzuführen. Die Adressaten des Bildungsangebotes selbst sollten dabei aus ihrer Perspektive Hinweise geben.

2 Angehörige bildungsferner Milieus

Die Kontaktaufnahme mit den beiden Kooperationspartnern, Schule für Lernhilfe und Vitos Klinik für Forensische Psychiatrie in Hadamar, gestaltete sich sehr positiv. Beide Institutionen nahmen das Angebot gerne an, auch weil es eine bis dato ungewöhnliche Form der Kooperation versprach. Die Schule für Lern- und Erziehungshilfe liegt in Stadtrandlage und symbolisiert dadurch ein Stück weit die soziale Marginalisierung der Schülerschaft. Viele der Lernenden kommen aus anderen Schulen, an denen sie gescheitert waren, andere sind bereits seit der Einschulung an dieser Schule. Gewalt ist ein alltägliches Phänomen, die Polizei ist häufig vor Ort.

Die Vitos Klinik für Forensische Psychiatrie in Hadamar (= Maßregelvollzug) befindet sich auf demselben Gelände wie die Gedenkstätte Hadamar.⁵ In dem Maßregelvollzug befinden sich Patienten und Patientinnen, die aufgrund einer Abhängigkeits-erkrankung (wiederholt) straffällig geworden sind. Sie verbringen dort einen Teil ihrer Haftstrafe. Dem Entzug folgt eine Therapie, die auf Resozialisierung und Lockerung (schrittweises Gewöhnen an die Gesellschaft) abzielt. Die Patienten entstammen unterschiedlichen Milieus, haben aber in der Regel bereits einige Jahre Gefängnis hinter sich. Historisch-politische Bildung ist für die meisten etwas Ungewohntes.

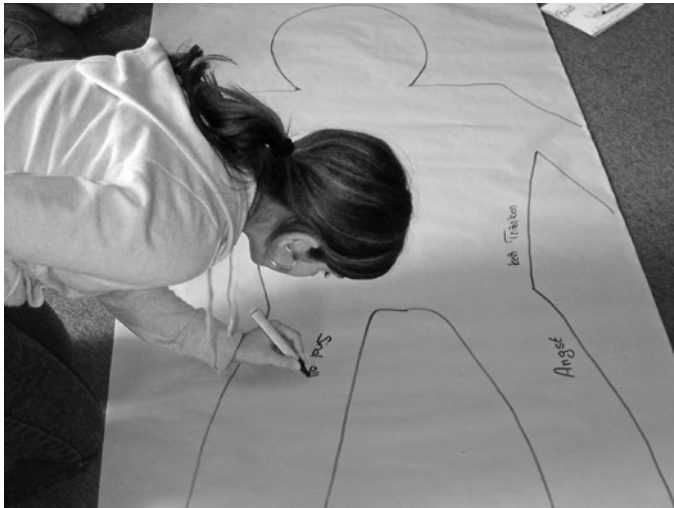
Hintergrund des Angebotes an die forensische Klinik war u.a. die Historie. In der damaligen Heil- und Pflgeanstalt ermordeten Ärzte, Pfleger und Schwestern von 1941 bis 1945 im Rahmen der NS-«Euthanasie»-Verbrechen mehr als 15 000 Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen.⁶ Daher stellt es, sowohl für die Belegschaft der Klinik heute, als auch für die Patientinnen und Patienten eine besondere Herausforderung dar, sich mit der Geschichte des Ortes zu befassen.

Im Jahr 2010 führten wir, im Sinne von Nachhaltigkeit, die Schulung von Multiplikator/innen durch. Diese waren Lehrkräfte von Lernhilfe- und Hauptschulen, die durch ein methodisch-inhaltlich strukturiertes Angebot ermutigt werden sollten, auch Jugendliche so genannter bildungsferner Schichten mit einem abstrakten Thema wie Erinnerung und NS-«Euthanasie»-Verbrechen zu konfrontieren. Die Schulung von Schwestern, Pflegern und Ärzt/innen in der forensischen Klinik ist für 2011 vorgesehen, allerdings nicht mehr im Rahmen des Förderprogramms Videto.

3 Seminarangebot für Schülerinnen und Schüler einer Lernhilfeschule

3.1 Projektvorstellung – verantwortliche Lehrer

Noch vor der ersten Kontaktaufnahme zu den Schülern der Lernhilfeschule wurden die Lehrkräfte der Schule über die Inhalte und geplanten Methoden des Projektes informiert. Ein ausgewogener Methodenwechsel sowohl für die inhaltliche Vermittlung als auch für die Freizeitgestaltung sollte den Schülerinnen und Schülern einen angemessenen Zugang zu den Inhalten des Seminars ermöglichen. Als weitere wichtige konzeptionelle Säule benannten die Pädagoginnen den Wechsel des Lernorts. Die Lernenden sollten die Möglichkeit haben, ohne schulische Zeitvorgaben, sich in einer festen Gruppe dem Seminarthema widmen zu können. Die verantwortlichen Lehrer zeigten sich im Rahmen dieser ersten Gespräche zunächst verhalten skeptisch, aber



Arbeiten an abstrakter Opferfigur



Schülerinnen präsentieren Arbeitsergebnisse



Einzelarbeit zur Bildbeschreibung.
Alle Abbildungen:
Uta Geroge

auch positiv aufgeschlossen. Projektarbeit in der vorgestellten Weise wurde bis dato mit Lernenden dieser Schule nicht praktiziert. Die größten Bedenken der Lehrkräfte wurden im Bereich der Konzentrationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler benannt. Dennoch erklärte sich die Schule bereit, das Konzept des Projektes mitzutragen und stimmte der Veranstaltung zu.

3.2 Geschlechtergetrennte Fortbildung (Monoedukation)

Das wichtigste Resultat dieses ersten Austauschs zwischen Pädagoginnen und Lehrkräften war die Feststellung, dass eine solche Fortbildung den größten Erfolg verspricht, wenn sie in geschlechtsgetrennten Gruppen durchgeführt wird. Hierfür sprachen gleich mehrere Gründe: Mit knapp 20% der Lernenden stellt die Gruppe der Schülerinnen eine Minderheit an der Schule da, die oftmals im Schulalltag untergeht, jedoch einer besonderen Förderung bedarf. Darüber hinaus gehören die meisten Schülerinnen dem muslimischen Glauben an, fast alle Mädchen weisen einen Migrationshintergrund auf. Mehrtägigen Seminaren mit Übernachtungen würde von Seiten der Eltern nur zugestimmt werden, wenn sowohl die Gruppe als auch die Begleitpersonen ausschließlich weiblich wären. Drittens würde eine Geschlechtertrennung gerade im Alter zwischen 15 und 18 Jahren ein konzentriertes, tiefgreifendes Lernen, welches auch Äußerungen über Emotionen zulässt, erleichtern. Gerade zurückhaltende Schülerinnen könnten hiervon profitieren.

3.3 Infoveranstaltung für die Lernenden in gewohnter Umgebung Schule

Auf Wunsch der Schule begann die Seminarreihe mit dem Angebot für die weibliche Lerngruppe. Die Schulsozialarbeiterin lud zu dem Seminar die bereits an der Schule bestehende Mädchengruppe ein. Zur ersten Kontaktaufnahme mit den Schülerinnen führten die Pädagoginnen eine kurze Informationsveranstaltung in der Schule durch. Der größte Diskussionsbedarf lag im Bereich der Organisation. Ein mehrtägiges Seminar mit Übernachtung stellte sich für die meisten Schülerinnen als ein Novum dar, für viele war es sogar die erste Klassenfahrt in ihrem (Schul-)Leben.

Einen ähnlichen Verlauf nahm einige Monate später die Informationsveranstaltung für die Teilnehmenden des zweiten Seminars. Anders als zuvor die weibliche Gruppe, wurde hier ein geschlossener Klassenverband von Seiten der Lehrer als mögliche Teilnehmende benannt. Freiwilligkeit, eine von den Pädagoginnen gewünschte Teilnahmevoraussetzung, schied damit aus. Bei der Gruppe handelte sich um eine rein männliche Klasse, der sich noch zwei weitere Schüler einer Parallelklasse angeschlossen hatten. Diese beiden Schüler planten ihre Abschlussarbeit (Hauptschulabschluss) über ein Thema aus dem Kontext Nationalsozialismus und hatten damit ein sehr zielgeleitetes Interesse an dem Seminar. Auch für viele der männlichen Teilnehmer bedeutete eine mehrtägige Fahrt etwas Neues. Beide Seminare wurden von den zuständigen Lehrkräften und der schuleigenen Sozialarbeiterin begleitet.

3.4 Programmablauf

Veranstaltungsort war beide Male ein Tagungshaus, etwa dreißig Kilometer entfernt von der Gedenkstätte Hadamar. Für beide Gruppen war ein gleicher Programmablauf von Seiten der Pädagoginnen vorgesehen. Nach der Ankunft, der Zimmerverteilung und einer Kennenlernrunde erarbeiteten die Gruppen im Austausch mit den Pädagogin-

nen und begleitenden Lehrenden in einer ersten Arbeitseinheit gemeinsame Regeln für die Zeit des Zusammenseins. Dieses gemeinschaftliche Erarbeiten sollte die Akzeptanz des Regelwerkes stärken. Außerdem hatten die Jugendlichen die Möglichkeit neben allgemeinen Regeln wie etwa Verbot von Alkohol, Drogen und Nikotin, pünktlichem Erscheinen zu den angesetzten Arbeitsgruppen auch jugend- sowie geschlechtsspezifische Regeln mitaufzustellen, wie z.B. »nicht petzen«.

Auf der inhaltlichen Ebene begannen die Seminare mit der individuellen Gestaltung eines Journals, welches ähnlich einem Tagebuch dauerhafter Begleiter während des Seminars sein sollte. Es diene sowohl zur methodischen Arbeit im Laufe der Seminare als auch der persönlichen Reflexion. Der erste Themenblock widmete sich dem Thema »Erinnerung«. Während die Mädchengruppe, als erste Seminargruppe, noch gebeten worden war, über persönliche Erinnerungen nachzudenken, entfiel dies bei der Jungengruppe. Hintergrund war ein vehementes Verweigern der Mädchen, da ihre Erinnerungen, wie Gewalt, Missbrauch und Unfreiheit zu schmerzhaft waren. Erinnerung hatte für sie auch etwas Bedrohliches. Der etwas distanziertere Zugang zu dem Thema über die allgemeine Bedeutung von Erinnerung ermöglichte die Überleitung zu dem kulturellen Gedächtnis einer Gesellschaft. Dabei erhielten die Schülerinnen ein Input, um anhand von Beispielen, wie dem Mauerfall 1989, dem 11. September 2001, und dem Tsunami 2005, aber auch lokaler kollektiver Ereignisse, wie dem tödlichen Autounfall von vier Jugendlichen im Raum Limburg, eine Vorstellung über kollektive Erinnerung zu erhalten. Diese Heranführung lenkte hin zum kulturellen Gedächtnis über den Nationalsozialismus. Beide Schülergruppen waren so in der Lage, kritisch über die gesellschaftliche Bedeutung von Gedenktagen oder -stätten zu diskutieren.

3.4.1 Besuch der NS-«Euthanasie»-Gedenkstätte Hadamar

Für den zweiten Seminartag war bei beiden Fortbildungen ein Besuch der »Euthanasie«-Gedenkstätte Hadamar vorgesehen. Die erste Arbeitseinheit diente dabei dem langsamen Herantasten an die Geschehnisse in Hadamar.

Die Gedenkstätte verfügt über eine schriftreiche Dauerausstellung, die selbst für lesegeübte Besucher in kurzer Zeit nur schwer zu erfassen ist. Um die Teilnehmenden der Fortbildung nicht mit zu vielen Texten abzuschrecken, waren sie zunächst aufgefordert, die Bilder der Ausstellung auf sich wirken zu lassen. In einer Einzelarbeit sollte man sich ein Bild aussuchen, das das eigene Interesse am meisten weckte. Dieses sollte im Journal genau beschrieben werden und gemeinsam mit einem Grund, warum ausgerechnet dieses Foto oder Dokument ausgewählt worden war, im Plenum vorgestellt werden. Eine auf den Fußboden gelegte Zeitleiste brachte die Bilder und damit die beschriebenen Ereignisse in eine Chronologie. Die Pädagoginnen ergänzten den historischen Zusammenhang, u.a. durch einzelne Opferbiographien, die das Geschehene für die Teilnehmenden plastischer erscheinen ließ.

Es zeigte sich, dass die Schülergruppen durch diese Methode einen guten Zugang zu der Ausstellung und deren Inhalt fanden. Die Kombination zwischen sachlicher Beschreibung eines Ereignisses und dem gleichzeitigen Raum zur Äußerung eigener persönlicher Betroffenheit bereitete den Boden für eine überwiegend aufgeschlossene und interessierte Haltung der Jugendlichen. Der zum Gedenkstättenbesuch gehörende Rundgang durch die historischen Räumlichkeiten wird von den meisten Besuchern als eindrücklich wahrgenommen. Gerade hier wurde wieder deutlich, wie wichtig

eine Geschlechtertrennung in den Arbeitsgruppen war. Im geschützten Raum einer rein weiblichen bzw. männlichen Gruppe konnten die Jugendlichen leichter über ihre Gefühlsregungen und Empfindungen reden. In beiden Gruppen gab es die Erkenntnis, dass Menschen wie sie, nämlich z.B. Hilfsschüler, im Nationalsozialismus gefährdet waren, Zwangssterilisationen oder sogar Tötungen zum Opfer zu fallen.

3.4.2 Überleitung zum Thema Menschenrechte

Nach der Möglichkeit im Plenum nochmals über das gerade Erlebte zu sprechen, schloss sich eine letzte Arbeitseinheit im Rahmen des Gedenkstättenbesuchs an. Eine auf einer großen Wandzeitung abstrakt gemalte Figur stand stellvertretend für die Opfer der »Euthanasie« in Hadamar. Die Jugendlichen konnten nun in einer offenen Runde alle Ungerechtigkeiten und Verletzungen benennen, welche den Opfern widerfahren sind und diese in die Figur hinein schreiben. Sie nannten »man hat ihnen ihr Leben genommen«, »sie hatten nicht genug zum Essen« etc. Beim abschließenden Besuch des Friedhofs der Gedenkstätte wurde diese Figur auf den Boden gelegt und die Jugendlichen hatten die Möglichkeit mittels bereitgestellter Papierblütenblätter eine symbolische Blume zum Gedenken niederzulegen. Mit diesem Abschiedsritual endete der Besuch der Gedenkstätte.

Zurück im Seminarhaus leiteten die Pädagoginnen mit Hilfe der »Opferfigur« zum letzten Teil der Fortbildung, zum Thema »Menschenrechte«, über. Die Jugendlichen sollten herausgeführt werden aus der Thematik des Nationalsozialismus hin zu einem gegenwartsbezogenen Thema, welches in ihrem eigenem Leben Relevanz hat. Auffällig in dieser Arbeitseinheit war zunächst die Feststellung, dass in keiner der beiden Lerngruppen der Begriff »Menschenrechte« mit einem verbrieften und einklagbaren Recht für jeden Menschen in Verbindung gebracht werden konnte. Somit mussten an dieser Stelle Basisinformationen gegeben werden. Dies geschah zum einen anhand der Erkenntnisse, welche die Jugendlichen über die Methode »Opferbild« in der Gedenkstätte gewonnen hatten und zum anderen an Beispielen aus ihrem eigenen Leben. Sie erfuhren von Schutz- und Gleichheitsrechten und konnten diese mit ihren eigenen Erfahrungen und Wünschen abgleichen.

Die Einsicht, über verbrieft Rechte zu verfügen, welche ihre Gültigkeit haben, ohne dass sie in Zusammenhang z.B. mit einer Staatsangehörigkeit stehen, kann für die meisten Schüler als eine Form von Empowerment betrachtet werden.

4 Schulungen im Maßregelvollzug

In Absprache mit der ärztlichen Direktion war als erstes eine Schulung für die männlichen Patienten vorgesehen, die ungefähr 94% der gesamten Patienten im Maßregelvollzug ausmachen. Das Konzept sah ein zweitägiges Seminar auf Station vor, ein Besuch der Gedenkstätte war aufgrund der Haftsituation nicht möglich. Die Inhalte orientierten sich an dem Angebot für die Schülerinnen und Schüler, der methodische Ansatz unterschied sich allerdings grundlegend: zunächst arbeiteten wir zum Thema Erinnerung, sowohl persönlicher als auch gesellschaftlicher, dann zu den NS-«Euthanasie«-Verbrechen am Beispiel Hadamar und gingen anschließend zur Beschäftigung mit den Menschenrechten über. Besonderes Augenmerk warfen wir auf die letzte Thematik, da diese Zielgruppe gegen geltendes Recht verstoßen hatte und damit zumeist die Menschenrechte verletzt hatte.

Anders als vielleicht vermutet, ließ sich die aus 15 Männern bestehende Gruppe auf sehr viele – für sie ungewohnte – Methoden der historisch-politischen Bildung ein. Auch waren sie durch die therapeutische Arbeit auf Station gewohnt, über sich und ihr Leben zu reflektieren. Eingangs wählten die Pädagoginnen eine Methode, die einerseits niederschwellig war, andererseits an das Thema Erinnerung und auch schon Nationalsozialismus heranführte. Jeder war aufgefordert, auf jeweils einem Kärtchen zu notieren, wann er in seinem Leben das erste Mal mit den Themen Krieg, Flucht und Migration konfrontiert war. Die Teilnehmer berichteten von Erzählungen der Eltern oder Großeltern, von eigenen Erfahrungen mit ausländischen Mitschülern oder auch von durch den Krieg zerstörten Städten. Ein Migrationshintergrund ließ Erlebnisse und Erinnerungen einfließen, die für die hier Aufgewachsenen nur selten eine Referenzgröße darstellten, wie z.B. der Zyperkrieg. Die Nennungen wurden in einer Zeitleiste chronologisch eingeordnet. Diese Methode verbindet die Beschäftigung mit Erinnerung und Geschichte mit einer persönlichen Erzählung und führt zur Binnensicht und damit Erfahrungswelt der Gruppe: so verband ein Teilnehmer das Thema Flucht vor allem mit seiner eigenen Flucht aus dem Gefängnis. Die Annäherung an den Themenbereich »kollektive Erinnerung« gelang erneut über den Bezug auf den 11. September 2001 und auch auf den Mauerfall, Ereignisse, die auch Menschen, die sich in Gefängnissen aufhalten, mitbekommen haben.

Überraschend für die Pädagoginnen war der Umgang mit der Historie Hadamars. Die Annahme, es bestehe bei den Patienten ein grundlegendes Wissen über den Ort, an dem sie sich befinden, stellte sich überwiegend als Irrtum heraus. Dies hatte erstens zur Folge, dass der Informationsteil über die NS-«Euthanasie«-Verbrechen viel mehr Zeit in Anspruch nahm, als ursprünglich geplant. Zweitens allerdings führte es zu sehr großer Betroffenheit auf Seite der Patienten, die ausnahmslos realisierten, dass ihresgleichen seinerzeit zu den Opfern gezählt hatten (§ 42b).⁷ Verstärkt wurde dieser Eindruck durch die Anwesenheit einiger Teilnehmer, deren Familien im Nationalsozialismus verfolgt worden waren (Sinti und Jenische). Die Berichte der Patienten am kommenden Morgen, das Pflegepersonal habe zu ihren Schilderungen gesagt, sie täuschten sich, Hadamar wäre ein KZ gewesen und jüdische Häftlinge die Opfer, verdeutlichen den schwierigen Umgang mit der Geschichte innerhalb der Einrichtung.

Der zweite Tag leitete über zum Thema Menschenrechte. Für die Patienten stand zunächst im Vordergrund, dass ihre eigenen Menschenrechte durch das Einsperrtsein beschnitten seien. Daneben bestand allerdings bei vielen durchaus die Einsicht, auch selbst Menschenrechte verletzt zu haben. Methodisch angeleitet setzten sie sich mit Zielen für ihr Leben auseinander und reflektierten diese vor dem Hintergrund der Menschenrechte. Dadurch entstand eine offene Diskussion über die Bedeutung von Menschenrechten in ihrem Leben, sowohl als Schutz als auch als Richtschnur für ihr Leben nach der Entlassung.

2010 führten wir, außerhalb des Programms Videto, eine zweite Fortbildung im Maßregelvollzug durch, diesmal auf der Frauenstation. Diese bestand aus 14 Patientinnen, die seitens der Leitung allesamt angehalten waren, an der Fortbildung teilzunehmen. Nicht zuletzt dieser Umstand versetzte sie in eine abwartende bis ablehnende Haltung, die es galt im Laufe des ersten Vormittags aufzubrechen, was auch überwiegend gelang. Auch sie waren offen, sich auf neue Methoden einzulassen und zeigten sich besonders an der Historie Hadamars interessiert. Anders als die männlichen

Patienten wussten sie Grundlegendes über die NS-«Euthanasie»-Verbrechen, einige von ihnen sogar viele Details. Auffällig war auch bei dieser Gruppe die große Offenheit, die eigene Geschichte zu thematisieren und beispielsweise im Rahmen des Themas Menschenrechte zu reflektieren. Bei beiden Gruppen waren Kenntnisse über die Existenz von Menschenrechten vorhanden.

Ergebnisse und Schlüsse

Alle vier Gruppen waren abschließend gebeten, anhand eines Fragebogens eine Rückmeldung zu geben. Die Schülerinnen betonten noch einmal, dass die persönliche Erinnerung für sie ein Tabu war. Positiv wurden die kreative Arbeit, der Besuch der Gedenkstätte und das Gruppengefühl erwähnt. Negativ erlebten einige die Regeln (Betruhe, nicht rauchen, kein Alkohol). Insgesamt empfahlen sie aber eine solche Veranstaltung. Die männliche Schülergruppe war von der Zusammensetzung etwas disparat. Während die beiden externen Schüler das Geschehen stark dominierten und bei einer langsameren, aber den übrigen Teilnehmern angemessenen Gangart, störten, sahen sich die Pädagoginnen angehalten, verschiedene Arbeitsgruppen zu bilden, damit alle etwas aus dem Bildungsangebot ziehen konnten. So beschäftigten sich einige Schüler mit Opferbiographien und präsentierten sie vor der Gruppe; andere wählten eher niederschwellige Methoden, wie Frottagen oder Collagen. Die Möglichkeit, sich in einer festen Lerngruppe über einen längeren Zeitraum einem Thema widmen zu können, hat den Schülerinnen und Schülern eine Idee von prozesshaftem Arbeiten vermitteln können. Gerade die Mädchengruppe konnte hiervon in besonderer Weise profitieren.

Die begleitenden Lehrkräfte waren vor allem überrascht, wie lange sich die beiden Schülergruppen konzentrieren und einem vergleichsweise theoretischen Inhalt zuwenden konnten. Der methodenorientierte Ansatz wird in der Schule nicht praktiziert. Darüber hinaus hat sich der Wechsel des Lernortes als positiv erwiesen.

Die Patienten des Maßregelvollzugs äußerten sich ausführlicher. Ein Patient schrieb in einem Brief an den ärztlichen Direktor: »[Das Seminar] war sehr aufschlussreich und hat mich stark bewegt. Eine solche Veranstaltung sollte meiner Meinung nach öfter gemacht werden, damit die Gräueltaten der damaligen Zeit nicht in Vergessenheit geraten.« Andere formulierten auf dem Fragebogen: »Ich fand die Themen Erinnerung, Hadamar und Menschenrechte sehr interessant, konnte sehr, sehr viel über die Geschichte Hadamar und über die Opfer erfahren.« Oder: »Ich habe viel Neues erfahren. Die Arbeitsatmosphäre war entspannt. [...] »Menschenrechte« [waren] für mich interessant und aufschlussreich.« »Die Eindrücke von Hadamar an sich selbst finde ich sehr gut und informativ, da ich nicht wusste, was woher hier passiert ist.«⁸

Die Patienten des Maßregelvollzugs, aber auch die Schüler der Lernhilfeschule werden in ihrem Leben mit vielerlei Ressentiments konfrontiert. Das Arbeiten mit ihnen in einer offenen und vorurteilsarmen Art und Weise öffnet häufig Türen, die ansonsten verschlossen bleiben. Ein wertschätzender Zugang ist deshalb die Grundlage für die Arbeit in der historisch-politischen Bildung mit Menschen, die sozial marginalisiert sind. Nur so werden Ressentiments nicht mobilisiert. Bei beiden Zielgruppen ist, ähnlich wie bei Menschen mit Lernschwierigkeiten, besonders behutsam mit der Tatsache umzugehen, dass Menschen wie sie damals zu den Opfern gehört hätten. In jedem Fall ist eine Reviktimisierung zu vermeiden und aus dem Bildungsangebot Empowerment abzuleiten. Letzteres lässt sich besonders durch den Bezug zu den Menschenrechten

herstellen. Das Thema NS-»Euthanasie«-Verbrechen eignet sich u.E. gut, um heutige soziale Fragestellungen und damit auch die Einhaltung oder Verletzung der Menschenwürde anzusprechen. Viele aktuelle soziale Diskussionen erinnern an die Eugenikdebatten der 1920er Jahre.

Die Anfangsthese lässt sich durch die Arbeitsergebnisse bestätigen: Es ist möglich, Menschen aus so genannten bildungsfernen Milieus an die Themen »Erinnerung – NS-»Euthanasie«-Menschenrechte« heranzuführen. Mehr noch, es ist als Schritt in Richtung einer gesellschaftlichen Gleichberechtigung einzustufen, Bildungsorte wie Gedenkstätten für alle Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Wertschätzung, eine Lerngruppenzentrierte Haltung und eine sensible Auswahl von Methoden lassen das Arbeiten gelingen und zu einem Gewinn werden.

Dr. Uta George, 1963 geborene Soziologin ist freiberuflich tätig im Bereich der historisch-politischen Bildung und in der kommunalen Integrationsarbeit. Sie ist seit 2000 Geschäftsführerin des Vereins zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e.V.

Sabine Müller-Wendt, 1971 geborene Zahntechnikerin und Sozialpädagogin, arbeitet seit 2003 als Jugendpflegerin in der offenen Jugendarbeit. Sie ist seit 2000 ehrenamtliche Mitarbeiterin und Honorarkraft in der Gedenkstätte Hadamar im Bereich Führungen/Studenten und Projekte.

- 1 http://de.wikipedia.org/wiki/Bericht_%C3%BCber_den_Deutschlandbesuch_des_UN-Sonderberichterstatters_f%C3%BCr_das_Recht_auf_Bildung
- 2 Vgl. George, Uta; Winter, Bettina: Wir erobern uns unsere Geschichte. Menschen mit Behinderungen arbeiten in der Gedenkstätte Hadamar zum Thema NS-»Euthanasie«-Verbrechen, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, Nr. 2 (2005), 56. Jahrgang, S. 55–62
- 3 Über diesen Ansatz haben Uta George und Bettina Winter in den vergangenen Jahren häufig publiziert. Vgl. u.a. George, Uta; Winter, Bettina: »Wir entdecken unsere Geschichte.« Menschen mit Lernschwierigkeiten arbeiten in der Gedenkstätte Hadamar zu NS-»Euthanasie«-Verbrechen. Schilderungen aus fünf Jahren Praxiserfahrung, in: lernen konkret Nr. 3 (2009), S. 19–27 und George, Uta: Kollektive Erinnerung bei Menschen mit geistiger Behinderung. Das kulturelle Gedächtnis des nationalsozialistischen Behinderten- und Krankenmordes. Eine erinnerungssoziologische Studie, Bad Heilbrunn 2008
- 4 Videto ist ein lokaler Aktionsplan für den Kreis Limburg-Weilburg des Bundesprogramms »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie«. www.videto.de
- 5 www.zsp-hadamar.de
- 6 Vgl. www.gedenkstaette-hadamar.de; George, Uta; Lilienthal, Georg; Roelcke, Volker; Sandner, Peter; Vanja, Christina (Hg.): Hadamar. Heilstätte, Tötungsanstalt, Therapiezentrum (= Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Bd. 12), Marburg 2006
- 7 Bei den nach § 42b RStGB Verurteilten handelte es sich um Menschen, die eine Straftat im Zustand der Zurechnungsunfähigkeit bzw. Alkoholismus begangen haben. Vgl. Scheer, Rainer: Die nach Paragraph 42 RStGB verurteilten Menschen in Hadamar, in: Roer, Dorothee; Henkel, Dieter (Hg.): Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933–1945, 2. Auflage 1996, S. 237–255
- 8 Auswertungsbogen vom 9. Juli 2009. Orthographische Fehler im Original

»Für Kinder, die Juden sind, wird Kinderermäßigung nicht gewährt.«

DIE REICHSBAHN UND DIE JUDEN 1933 BIS 1939

Uwe Neumärker

Für viele der Überlebenden gilt die Deutsche Reichsbahn als das Symbol des nationalsozialistischen Versuches, die Juden Europas auszulöschen. Zugleich war die Eisenbahn ein wichtiges Transportmittel für den deutschen Krieg an allen Fronten. Die Reichsbahn war das größte Verkehrsunternehmen der Welt, ihre Pünktlichkeit – selbst unter schwierigsten Bedingungen – wurde von den »Volksgenossen« gelobt. Wenn sich einer mit dieser Materie auskennt, ist es Alfred Gottwaldt, der im Laufe der letzten Jahre unterschiedliche Aspekte des Bahnwesens im Deutschen Reich untersucht hat. Hervorzuheben ist sein Standardwerk zu den »Judendeportationen« zwischen 1938 und 1945, das er 2005 zusammen mit Diana Schulle veröffentlichte. Nunmehr legt er eine detailreiche Studie zum Umgang der Reichsbahn mit Juden innerhalb des Unternehmens und mit jüdischen Passagieren sowie ersten Abtransporten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vor – eine Studie, die das Durchdringen der Gesellschaft mit Judenfeindlichkeit ab 1933 sowie die daraus resultierende »Entjudung« anhand des Fallbeispiels Reichsbahn

beschreibt. Weil allerdings der bisherige Forschungs- und Wissensstand über die antijüdische Politik im deutschen Eisenbahnwesen für diesen Zeitraum bislang unzureichend gewesen sei, hat sich Gottwaldt dessen angenommen. Denn, so der Autor, jene Zeit bilde »die Wurzeln« für das reibungslose Funktionieren der Bahn im Krieg und beim Massenmord.

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 begannen die Partei, die Regierung und staatliche Verwaltungen umgehend die deutschen Juden im Laufe der folgenden Jahre Schritt für Schritt zu entrechten und auszugrenzen. Noch am Tag des so genannten Ermächtigungsgesetzes, dem 24. März 1933, verkündete Generaldirektor Julius Dorpmüller in gleichsam vorauseilendem Gehorsam, dass die »nationale Regierung« – und ihre erklärten Ziele – mit »der bereitwilligen Mitarbeit der Deutschen Reichsbahn rechnen« könne und gab so die künftige Richtung vor. Zunächst bedeutete dies Gleichschaltung innerhalb der Beamtenschaft und den Aufstieg verdienter Parteigenossen, die Aufkündigung der Verträge für nahezu 1 000 jüdische Reichsbahnärzte, die Verdrängung von Juden aus der Führungsetage und die Entlassung

jüdischer Beamter. Gottwaldt zeichnet diese rassistisch motivierten Abläufe anhand einzelner Personen und für verschiedene Bereiche der Reichsbahn akribisch nach. Flankiert wurden diese Maßnahmen unter anderem durch die Übernahme einer veränderten Buchstabiertafel der Reichspost, die alttestamentarische Namen wie Abraham oder David ersetzt hatte, die Tilgung von Reklamen jüdischer Firmeninhaber auf Bahnhöfen bis 1935 – auch nach Beschwerden aus der Bevölkerung – und die Schulung der Mitarbeiter und Auszubildenden mit nationalsozialistischen Gedankengut. Nicht wenige »Volksgenossen« forderten vehement, Juden die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu untersagen. Da allerdings die Reichsbahn bis Februar 1937 eine privatwirtschaftliche Gesellschaft war und erst anschließend unter Reichshoheit gestellt wurde, musste



Alfred Gottwaldt

Die Reichsbahn und die Juden 1933-1939

Antisemitismus bei
der Eisenbahn in der
Vorkriegszeit



marixverlag

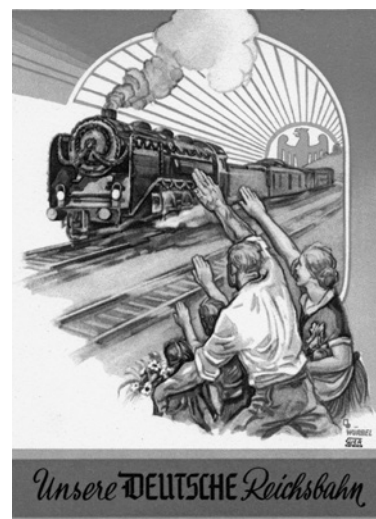
Alfred Gottwaldt:
Die Reichsbahn und die
Juden 1933–1939.
Antisemitismus bei der
Eisenbahn in der
Vorkriegszeit. Marix
Verlag, Wiesbaden 2011



Hakenkreuzschmuck auf Bahnhof Treuchtlingen, um 1935. Michael Wildt berichtet in seinem Buch »Volksgemeinschaft« auch von Treuchtlinger Eisenbahnern, die einem Juden am 9. November 1938 bei der Flucht halfen. Foto: Ernst Schörner

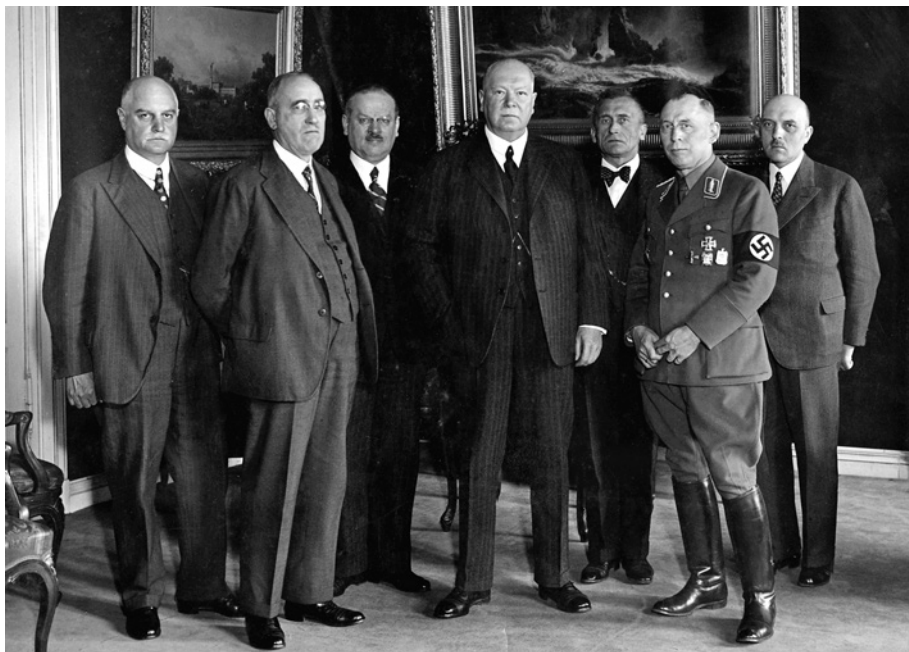
sie ihrer Beförderungspflicht nachkommen und verbot Schilder mit der Aufschrift »Juden unerwünscht!«. Nicht behindert wurden allerdings der persönliche Judenboykott der Reichsbahner und das Meiden jüdischer Geschäftspartner. Die Übernahme der Eisenbahn durch den Staat wurde als Befreiung von den »Fesseln« des Versailler Vertrages gefeiert; fortan hatte das »Dritte Reich« keinerlei Beschränkungen bei der Umsetzung seiner jüdenfeindlichen Entscheidungen und die Bahn konnte nach ihren Maßnahmen im Personalwesen nun auch bei der Beförderung antijüdisch walten. Diese immer weiter verschärfte Politik des Unternehmens, die auch das Verhalten von Reichsbahnbeamten gegenüber der jüdischen Bevölkerung im Alltag reglementierte, half dabei, Juden bereits vor Kriegsbeginn zum Fremden schlechthin zu machen und sie aus dem deutschen Volk, in der postulierten Form einer »Gemeinschaft«, auszuschließen. Kinderreiche jüdische Familien, beispielsweise, erhielten ab Mai 1938 keine Fahrpreismäßigungen mehr: »Für Kinder, die Juden sind, wird Kinderermäßigung nicht gewährt.«

Angesichts der wirtschaftlichen Bedrängnis bedeutete dieser Erlass, dass Ferienreisen meist unmöglich wurden. Doch die Stimmung im Deutschen Reich radikalisierte sich zusehends und fand einen ersten Höhepunkt der Gewalt in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938. Hatte die Staatsbahn bereits im Oktober die staatspolizeilich organisierte Abschiebung von etwa 17 000 polnischen Juden nach Osten durchgeführt, war es nun die Verschleppung von bis zu 30 000 jüdischen Männern in Konzentrationslager. Außerdem setzte das Unternehmen Hermann Görings Befehl, (deutschen) Juden »die Benutzung von Schlafwagen und Speisewagen [...] zu untersagen«, vom Dezember 1938 sofort um. Da eine Veröffentlichung solcher Bestimmungen meist unterblieb, verschwand das Schicksal der Juden im Deutschen Reich »allmählich aus dem Blickfeld



Propagandapostkarte des Berliner Ateliers Würbel von 1933, die auf den nicht-staatlichen Charakter der Reichsbahn vor 1937 hinweisen sollte. Foto: Sammlung Dr. Jörg Kuhn

Der Reichsbahn-Vorstand im Mai 1934: Generaldirektor Julius Dorpmüller (4. v. li.) mit seinem neuen Stellvertreter Wilhelm Kleinmann in SA-Uniform. Rechts am Bildrand der für Finanzen zuständige Direktor Ludwig Homberger, der 1935 als Jude entlassen wurde. Foto: Presse-Bild Heinrich Hoffmann, Sammlung Ernst Dorpmüller



der Volksgenossen«, wie Gottwaldt bemerkt. Nach der Übernahme der Eisenbahnen im annektierten Österreich (»Ostmark«), dem vormals tschechoslowakischen Sudetenland und in Böhmen-Mähren (»Reichsprotektorat«) 1938/39 setzte die Reichsbahn die im Reich über Jahre erprobten und praktizierten judenfeindlichen Maßnahmen sofort um, wengleich die böhmisch-mährische Bahnverwaltung zwar abhängig war, aber organisatorisch eigenständig blieb. Die beiden abschließenden Kapitel widmet Gottwaldt der Rolle der Reichsbahn bei der Emigration der Juden bis 1939 und ihrer Zusammenarbeit mit Polizei und SS; zweifelsohne sind dies die spannendsten Aspekte dieses Buches. Da die Bahn das Hauptverkehrsmittel jener Zeit war, verließen die deutschen Juden ihre Heimat zwangsweise auf dem Schienenweg: zwischen 200 000 und 250 000 ab 1933; statistisch wurde mit jeder zweiten Auslandsfahrt ein jüdischer Emigrant befördert. Auch die berühmten »Kindertransporte«, denen Frank Meisler vor Bahnhöfen in London und Berlin sowie in seiner Heimatstadt Danzig Denkmäler gesetzt hat, waren Fluchten in Reichsbahnwaggons. Und so versteht es sich von selbst, dass die Bahn – im engen Schulterschluss mit der SS – auch die Zugtransporte in die Konzentrationslager oder eben die bereits erwähnte Polenausweisung im Herbst 1938 durchführte und sich so logistische Fähigkeiten entwickelte, die sie bald darauf mit »Sonderzügen« bei den europaweiten Deportationen anwandte.

Die Deutsche Reichsbahn war zwischen 1933 und 1939 willfähriger, gehorsamer und effektiver Helfer, aber auch Nutznießer der antijüdischen Politik Deutschlands, so lässt sich Alfred Gottwaldts umfangreiche Studie wohl zusammenfassen. Das überrascht nicht, wurde aber endlich fundiert ausgeführt. Gottwaldt kündigt in seinem Buch eine Untersuchung zu Judendeportationen im europäischen Maßstab an. Man darf also gespannt sein.

Uwe Neumärker ist Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.